Nr. 278 / Einzelpreis 10 Pfennig — Heute Sportbeilage. — Halle (Saale), den 29. November 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen Illustr. Beilagen „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit" Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden — Schriftleitung Hartz 42/44 Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter — Hauptgeschäftsstelle Hartz 42/44 Fernruf 24605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Geßler sturmreif?

Der demokratische Reichspartei-Ausschuß für „sichtbare Schritte zur Sicherung des republikanischen Charakters der Reichswehr."

Schatten des Nachfolgers.

Gezählte Tage?

Berlin, 29. November. (Radiomeldung.)

Wie der „Welt am Montag" aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, nehme man dort an, daß die Tage des Reichswehrministers Geßler gezählt seien. Es kämen immer neue Enthüllungen über den Zusammenhang von Reichswehrstellen mit den vaterländischen Verbänden, und es sei kaum noch ein Geheimnis, daß sich in den Händen der Linksparteien weiteres sehr belastendes Material befindet, mit dessen Veröffentlichung aus bestimmten politischen Gründen einstweilen zurückgehalten werde.

Berlin, 28. November. (Radiomeldung.)

Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, wobei der Parteivorsitzende Koch ein Referat über die politische Lage und der Innenminister Külz über die Gesetzesvorlagen des Innenministeriums hielt. Nach eingehender Aussprache, die bis in die späten Abendstunden dauerte, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteiausschuß billigt die Absicht des Gesetzentwurfs gegen Schmutz und Schund, hält den Entwurf aber in der vorliegenden Fassung aus kulturellen und rechtlichen Gründen für unannehmbar."

Einstimmige Annahme fand ferner folgender Antrag: „Der Reichsparteiausschuß ersucht die Reichstagsfraktion, mit ernstem Nachdruck auf die Abstellung der Mängel zu dringen, die sich in der Reichswehr geltend gemacht haben, und sich für entscheidende, dem ganzen Volk sichtbare Schritte zur Sicherung des republikanischen Charakters der Reichswehr einzusetzen."

Der Parteiausschuß gab der Anregung einer Kontrolle von Rekruten und Offiziersanwärtern in der Reichswehr mit der Annahme folgenden Antrags statt: „Die Reichswehr sei keine politische, aber eine bewußt republikanische Truppe, die von sich aus und in allen ihren Stellen jede Verbindung mit irgendwelchen Heeresverbänden ablehnt."

In seinem Referat betonte der Parteivorsitzende Koch, die Deutsche Demokratische Partei hielte die Große Koalition noch immer für die beste Regierungsform. Gegen das Schmutz- und Schundgesetz hätte er keine Bedenken, wenn die Gewähr der loyalen Durchführung bestünde. Aber er kenne aus bitterer Erfahrung die Gefahren, die in der Handhabung solcher Gesetze durch die Bürokratie lieger.

•

Der „Vorwärts" umschreibt in seiner Sonnabend-Abendausgabe die Lage folgendermaßen:

Der „Tag" weiß etwas von einer Geßler-Krise zu melden, die angeblich vertagt sei. Die Sozialdemokraten hätten mit den Demokraten Besprechungen gehabt, in denen von einem Mißtrauensantrag gegen Geßler die Rede gewesen sei. Ein Teil der Demokraten wünsche Geßlers freiwilligen Rücktritt, während alle übrigen bürgerlichen Parteien den Sturz des Reichswehrministers im Augenblick nicht wünschten.

Die Sozialdemokratie, so orakelt das Hugenberg-Blatt weiter, betreibe Geßlers Sturz, um für den Fall von Verhandlungen über die Große Koalition die Leitung des Reichswehrministeriums in ihre Hände zu bekommen. Im Reichstag rechne man aber mit einer Vertagung dieser Angelegenheit bis nach Weihnachten.

Der „Tag" hat etwas läuten gehört, er weiß aber nicht, wo die Glocken hängen. Für die Sozialdemokratie handelt es sich nicht um die Person, sondern in erster Linie um die Sache, und nur, soweit die Sache mit einer Person untrennbar verbunden ist, auch um die Person. Es ist kein Geheimnis, daß die Sozialdemokratie gegen die Zustände in der Reichswehr sehr ernste Beschwerden hat, und daß sie der Meinung ist, die Reichswehr müsse endlich so geführt werden, daß sie aufhöre, für die innere wie für die äußere Politik des Reiches eine Belastung zu sein. Die Sozialdemokratie wünscht zwischen dem Reichswehrministerium und dem Reichstag, zwischen der Wehrmacht und der Nation ein Verhältnis der Klarheit und Wahrheit, also ein System, das so ziemlich das gerade Gegenteil des gegenwärtigen ist.

Daß sie mit dieser sachlichen Forderung allein steht, glauben wir nicht.

Reichsbahn und Arbeitszeit.

Die deutsche Reichsbahn ist der größte Arbeitgeber in Deutschland. Jede Regelung des Arbeitsverhältnisses bei der Reichsbahn hat ihre Rückwirkungen auf die übrige Arbeitnehmerschaft. Gewiß gibt es gerade in der Arbeitszeitfrage besondere Verhältnisse im Eisenbahnbetrieb. Aber trotz aller Eigenart kann und darf sich auch die Reichsbahn in der Frage der Arbeitsverkürzung aus der allgemeinen Bewegung nicht ausschalten. Wie das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen aber zeigt, will sie den Zehnstundentag verewigen.

Wie liegen die Arbeitsverhältnisse bei der Reichsbahn? Die Hauptverwaltung hat im Januar 1924 unter Berufung auf § 13 der „Verordnung über die Arbeitszeit" vom 21. Dezember 1923 die bis dahin geltende achtstündige Arbeitszeit beseitigt und den verstellbaren Arbeitstag (deutsches Reichspatent) von 8 bis 10 Stunden eingeführt. Unter der Herrschaft dieser verstellbaren Arbeitszeitregelung hat die Reichsbahngesellschaft im wesentlichen die neun- und zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Nach einer von der Hauptverwaltung nach dem Stand vom 1. Juli 1925 aufgestellten Statistik kommen nur 3,6 Prozent des Betriebs- und Verkehrspersonals in den Genuß der 48-Stunden-Woche, während 17,9 Prozent dieses Personals eine wöchentliche Arbeitszeit von 49 bis 53 Stunden hat. Demnach haben 78,5 Prozent des Betriebs- und Verkehrspersonals — also des Personals, dem die Sicherheit des reisenden Publikums anvertraut ist — eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 bis 60 Stunden. Die Arbeitszeit dieses Personals kann auf Grund der Dienstdauervorschriften in der Weise verteilt werden, daß Dienstschichten von 16 Stunden und in besonderen Fällen auch über diese Grenze hinaus geleistet werden müssen. Ein Teil dieses Personals ist sogar während der zulässigen Schichtzeit dauernd auf die Dienststelle gebannt. Ein kulturwidriger Zustand!

Die von den Eisenbahnern mit Spannung erwarteten Verhandlungen über die Dienstdauervorschriften — vom Personal auch Dauerdienstvorschriften genannt — haben am 26. November stattgefunden. Die Hauptverwaltung hat dabei ihre Stellungnahme zu den einzelnen Forderungen präzisiert mit dem Ergebnis, daß alle wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften abgelehnt wurden. Die Ablehnung wurde zum Teil mit fadenscheinigen Argumenten begründet. Die Hauptverwaltung zeigte keinerlei Entgegenkommen bei den wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften, die auf eine Herabsetzung der gegenwärtigen zulässigen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und eine Herabsetzung der zulässigen Schichtzeit hinzielten. Diese beiden Forderungen wurden abgelehnt, obwohl ihre Mehrkosten in keinem Verhältnis zum Gesamtetat stehen. Die Herabsetzung der höchstzulässigen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden erfordert nach der Berechnung der Hauptverwaltung 9202 Köpfe, = 2,16 Prozent des Betriebs- und Verkehrspersonals, das rund 425 000 Köpfe umfaßt. Die Herabsetzung der Schichtzeit erfordert nach der Berechnung der Verwaltung 2204 Köpfe = 0,52 Prozent. Diese beiden Forderungen zusammen würden nach Ansicht der Hauptverwaltung eine Mehrausgabe von rund 20 Millionen Mk. erfordern. Nach den Berechnungen der Gewerkschaften sind die Mehrkosten bedeutend geringer, zum mindesten können sie durch eine bessere Verteilung des Dienstes und durch Verbesserungen der Betriebsanlagen und -einrichtungen noch bedeutend herabgesetzt werden. Man muß aber, auch wenn man die Berechnungen der Hauptverwaltung als richtig anerkennt, im Hinblick auf den Gesamtetat und auf das große Heer der Arbeitslosen in Deutschland feststellen, daß die Gewerkschaftsforderungen ohne weiteres durchführbar sind.

Die Hauptverwaltung hat diese beiden Forderungen auch nicht so sehr wegen der finanziellen Mehrbelastung abgelehnt, sondern sich hauptsächlich darauf berufen, daß sie nicht unter die in der Friedenszeit geltenden Arbeits- und Schichtzeiten herabgehen könne. Die Eisenbahner müssen jedoch unter Hinweis auf die seit mehreren Jahren im Reichsbahnbetrieb geübten Rationalisierungsmethoden einen Vergleich mit der Arbeitszeit vor dem Kriege energisch zurückweisen. Man kann nicht ohne weiteres Arbeitszeit mit Arbeitszeit vergleichen, sondern muß Arbeitszeit und Arbeitsleistung zum Vergleich heranziehen. Bei diesem Vergleich ist auch zu beachten, daß die Eisenbahner vor dem Kriege eine bedeutend längere Arbeitszeit hatten, wie die übrigen Arbeitnehmer in Privatbetrieben. Die Arbeitsleistungen der Vorkriegszeit lassen sich unter keinen Umständen mit den gegenwärtigen Arbeitsleistungen vergleichen, da seit einigen Jahren durch die sogenannte „wissenschaftliche Betriebsführung" und die in ihrem Gefolge vorgenommene Erforschung aller Arbeitsvorgänge unter Anwendung der Psychotechnik und Verwendung von Stoppuhren die Arbeitsleistung des Personals ganz bedeutend über die Vorkriegsleistungen hinaus gesteigert wurden. Die Reichsbahn zieht aus der Einführung dieser Methoden große und dauernd steigende wirtschaftliche Vorteile. Es ist deshalb nur recht und billig, daß auch das Personal an diesen Vorteilen in Gestalt einer Verkürzung der Arbeits- und Schichtzeit beteiligt wird.

Die Gewerkschaften haben deshalb auch bei den am 26. November 1926 stattgefundenen Verhandlungen erklärt, daß die von dem Vertreter der Hauptverwaltung zu den Forderungen der Gewerkschaften abgegebenen Erklärungen nicht geeignet sind,

Leiparts Forderungen.

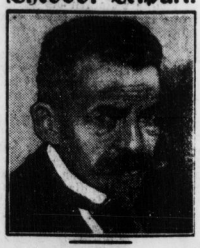
Wirtschaftsbürger nicht Wirtschaftsuntertan.

Die Unantastbarkeit des Privateigentums in Theorie und Praxis des Industriekapitals. / Ueberstunden und Erwerbslosennot.

Freiberg, 28. November. (Radiomeldung.)

Auf einer Gau- und Bezirksleiterkonferenz der freien Gewerkschaften Südwestdeutschlands hielt der Bundesvorsitzende Genosse Leipart ein bemerkenswertes Referat über aktuelle Fragen der Gewerkschaftspolitik. Als bemerkenswert an der Industriellentagung in Dresden bezeichnete Leipart die rückhaltlose Anerkennung des republikanischen Staates durch die Industriellen, ferner die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft, sowie die Anerkennung der Sozialdemokratie als der Arbeiterpartei. Zwischen der Auffassung des Reichsverbandes der Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände besteht ein großer Unterschied insofern, als dort die Arbeiterschaft als Wirtschaftsbürger anerkannt werden will, während hier immer noch der Arbeiter als Untertan behandelt wird. Der Wandel der Geister ist bei den Industriellen zwar nicht allgemein, aber doch bei einer Reihe von Führern bemerkbar. Gegenüber der Forderung auf der Berliner Tagung der gesamten Wirtschaftsverbände, daß das Privateigentum die unantastbare Grundlage der deutschen Wirtschaft bilden müsse, weist Leipart auf die 355 Millionen Reichskredite und die weiteren 377 Millionen Reichsgarantien hin, die sich die Wirtschaft ohne weiteres gefallen ließ. Dabei seien diese Kredite, ähnlich wie die Ruhrmillionen, so gut wie geschenkt. Unsere Forderung gehe auf Erzielung der Gemeinwirtschaft als Grundlage der Wirtschaft. Zum Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat fordern die Gewerkschaften zunächst keine Arbeiterkammern, sondern die paritätische Umgestaltung der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern. Mit aller Entschiedenheit vertritt Leipart die Vorschläge der Bundesleitung auf eine Abänderung des Arbeitszeitgesetzes in der Richtung auf restlose Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentags, unter Zulassung nur ganz bestimmter Ausnahmen. Die Arbeitszeit müsse verkürzt werden, weil es eine psychologische Unmöglichkeit sei, daß Millionen arbeitslos seien, während andere Millionen Ueberarbeit leisteten. Diese Ueberzeitarbeit sei, wie der Redner in zahlreichen Beispielen ausführte, außerordentlich groß. In einem großen Bezirk könne die Hälfte der Erwerbslosen voll beschäftigt werden, wenn bei den Metallarbeitern keine Ueberarbeit geleistet würde.

Theodor Leipart.



Die KPD.-Reinigung.

Schütz aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schütz ist wegen seiner Zugehörigkeit zur Opposition aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Er wurde bereits am Sonnabend aus einer Ausschußsitzung, an der er noch für die kommunistische Reichstagsfraktion teilnahm, wegen dieses Ausschlusses herausgerufen und durch einen derzeit noch zur offiziellen Partei gehörigen Abgeordneten ersetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0001

dem Betriebs- und Verkehrspersonal fühlbare Erleichterungen zu bringen und sie deshalb ihre Forderungen, die in Uebereinstimmung mit dem organisierten Personal aufgestellt wurden, in vollem Umfang aufrecht erhalten. Sie erwarten, daß ihre Stellungnahme unverzüglich dem Generaldirektor unterbreitet wird, mit dem Ersuchen, baldmöglichst eine Verhandlung unter seinem Vorsitz anzuberaumen.

Nicht nur die Eisenbahner, sondern auch die übrigen Arbeitnehmer, insbesondere das große Heer der Arbeitslosen, und darüber hinaus das an der Betriebssicherheit interessierte reisende Publikum haben ein Interesse daran, daß die Hauptverwaltung endlich die durchaus erträglichen Forderungen der Gewerkschaften erfüllt. Es wäre vor allem auch die Pflicht des Reichsarbeitsministers, wenn es ihm mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Einschränkung der Ueberarbeit ernst ist, sich etwas mehr um die Verhältnisse bei der Reichsbahn zu kümmern.

Der Richter als Kritiker.

Was sagt das badische Justizministerium dazu?

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Das Reichsgericht hat schon in wiederholten Entscheidungen festgestellt, daß studentische Mensuren als Zweikämpfe mit tödlichen Waffen anzusehen und demgemäß auch zu bestrafen sind. Während sich nun die Justizbehörden verschiedener deutscher Länder wie auch die Studentenschaft nicht im geringsten um diese Entscheidung des Reichsgerichts kümmerten, vielmehr an fast allen deutschen Universitäten und Hochschulen das Mensurunwesen in altem Umfange weitergraffierte, griff das badische Justizministerium, veranlaßt durch einen Beschluß des Badischen Landtags, energisch durch und verbot durch einen scharfen Erlaß die Mensuren an den drei badischen Hochschulen. Es veranlaßte ferner die Justizbehörden zu scharfen Strafen, soweit eine Uebertretung des Verbots vorkommen sollte.

Dieser Kampf des Justizministeriums gegen den Mensurunfug rief nun nicht nur bei der Studentenschaft eine wüste Hetze gegen die badische Regierung hervor. Die Rechtspresse leistete kräftige Sekundantendienste hierbei und die untergeordneten Justizbehörden übten eine gewisse passive Resistenz; nur selten hörte man von Maßnahmen gegen die studentischen Verbindungen, die noch immer ihre Bestimmungsmensuren schlugen.

Das Tollste an der Mißachtung der Gesetze und der Erlasse seiner vorgesetzten Behörde leistete sich aber ein Richter in Freiburg i. Br., der über das Vergehen zweier Studenten, die eine Bestimmungsmensur ausgefochten hatten, zu urteilen hatte. Die beiden Studenten wurden zu der Mindeststrafe von drei Monaten Festung verurteilt. In der „Begründung" führte der Richter aus, daß er die Stellungnahme des Reichsgerichts und das schroffe Vorgehen des Staates Baden, der damit völlig isoliert dastehe, bedauere! Dann verwies dieser Musterrichter darauf daß bei anderen Sportarten sich ebenfalls Todesfälle ereignen würden. Trotz dieser seiner Ueberzeugung habe er die Angeklagten verurteilen müssen, da die Reichsgerichtsentscheidung für die Untergerichte maßgebend sei und bei einem Freispruch in erster Instanz doch Verurteilung in zweiter oder dritter erfolgen und damit höhere Kosten für die Angeklagten entstehen würden.

Man darf gespannt sein, was das badische Justizministerium, das sonst sehr empfindlich ist, wenn eine öffentliche Kritik an der badischen Justiz geübt wird, gegen diese Kritiker und Gesetzeswächter im eigenen Hause unternehmen wird.

Senatspräsident Großmann wieder im Richterverein

Berlin, 29. November. (Privattelegramm.)

Wie der „Montagmorgen" erfährt, ist es durch Vermittlung des preußischen Justizministeriums zwischen dem Preußischen Richterverein und dem Senatspräsidenten Dr. Großmann vom Kammergericht zu einer Einigung gekommen, wonach der Ausschluß Dr. Großmanns aus dem Richterverein widerrufen und das Verbot der Doppelmitgliedschaft gegenüber dem Republikanischen Richterverein aufgehoben werden soll. Auf seiten des Richtervereins ist bisher nur der Vorstand mit den Einigungsverhandlungen befaßt worden. Es bleibt abzuwarten, wie das Blatt bemerkt, ob der Vorstand seine Ansicht auch bei den Mitgliedern durchsetzen imstande ist. (1)

Krupp und das Reichskabinett. Die Reichsregierung hat zu dem Kreditgesuch der Firma Friedrich Krupp A.-G. bis jetzt noch keine Stellung genommen. Wie verlautet, ist auch für die nächsten Tage mit einer Entscheidung über das Kreditgesuch noch nicht zu rechnen.

Eine „unangebrachte" Konferenz. Die Behauptung des „Matin", daß nach der Genfer Tagung eine Besprechung zwischen Briand, Stresemann und Chamberlain stattfinde, an der auch Mussolini teilnehmen soll, wird an zuständiger Stelle als durchaus falsch bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß man nach wie vor in Paris der Ansicht sei, eine Aussprache zwischen Briand und Mussolini sei gegenwärtig „unangebracht".

Heeresfragen in der französischen Kammer.

Achtzehnmonatige oder einjährige Dienstzeit?

Paris, 28. November. (Eig. Drahtbericht.)

Anläßlich der Beratung des Heeresetats kam es am Sonnabend in der Kammer zu einer zeitweise lärmenden Aussprache über die einjährige Dienstzeit. Der radikale Abgeordnete Ossola vertrat den Standpunkt, daß die achtzehnmonatige Dienstzeit bankrott gemacht habe. Man müsse so schnell wie möglich zu einjähriger Dienstzeit und besonders zur Schaffung der sogenannten großen Mobilisationszentren übergehen. Die Dienstzeit müsse ausschließlich der militärischen Ausbildung gewidmet sein.

Der Sozialist Paul Boncour schloß sich dieser Auffassung an. Man habe nie genug dem Willen des Landes Rechnung getragen, der eine kürzere Dienstzeit wünscht. Die achtzehnmonatige Dienstzeit sei ein Kompromiß mit allen Nachteilen. Sie entmutige die jungen Leute, sich der militärischen Laufbahn zu widmen. Auch der nationalistische Oberst Fabry vertrat diesen Standpunkt und gab zu, daß allein die einjährige Dienstzeit Frankreich die beste Heeresorganisation geben könnte. Kriegsminister Painlevé antwortete auf diese Kritiken in ziemlich nervösem Tone. Die achtzehnmonatige Dienstzeit habe nicht die Mängel, die man ihr nachsage. Sie habe Frankreich gestattet, den Marokkokrieg, „das größte Unternehmen der französischen Kolonialgeschichte", siegreich zu Ende zu führen. Sie sei ebenfalls nicht schuld daran, daß der Nachwuchs an jungen Offizieren nachlasse. Der Grund hierfür liege eher in der verteuerten Lebenshaltung und der verschlechterten materiellen Lage des Offizierskorps. Daher wendeten die meisten Schüler der technischen Hochschulen sich nicht mehr der Armee, sondern der Industrie zu. Außerdem habe der Krieg in Frankreich allgemein die Auffassung verbreitet, daß der Offizier im Frieden nichts anderes sei als ein schlechtbezahlter Beamter.

Auch Ministerpräsident Poincaré griff in die Debatte ein und erklärte, diese ganze Auseinandersetzung verzögere lediglich die Verabschiedung des Haushalts. Unter Stellung der Vertrauensfrage ließ er einen kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Löhnung der Soldaten auf zwei Frank täglich und einen Antrag auf Nichteinberufung der Reservisten zu Uebungen im Jahre 1927 ablehnen.

Australien baut sich eine neue Bundeshauptstadt

Das Hauptportal des neuen Parlamentsgebäudes in Canberra

Am 9. Mai 1927 findet die feierliche Einweihung der neuen australischen Bundeshauptstadt Canberra statt. Es gibt wohl kaum noch eine Hauptstadt in der ganzen Welt, die auf diese Weise entstanden ist. Sie wird nach genau vorher festgelegten Plänen erbaut und ist eine ausgesprochene Park- und Gartenstadt.

Um den Weihnachtsschnaps betrogen.

Die norwegische Nüchternheitskommission arbeite

Oslo, 28. November. (Eig. Bericht.)

Die „Nüchternheits-Kommission" des norwegischen Storthing, deren Einsetzung nach der Abstimmung gegen das Alkoholverbot erfolgte, hat ihre Arbeiten beendet und schlägt der Regierung und dem Storthing die Ablösung des Verbotes in der Weise vor, daß künftig Alkohol nur an Personen über 21 Jahre verkauft werden darf. Es sollen „Kaufkarten" ausgegeben werden, ohne die kein Alkohol verabfolgt werden darf; alkoholischen Personen sollen die Karten entzogen werden können. Eine Minderheit im Ausschuß schlägt vor, das Alter für Berechtigung, Alkohol zu kaufen, auf 18 Jahre herabzusetzen. Der Vertreter der Abstinenzler im Ausschuß fordert, daß der Verkauf von Alkohol nur in den Städten gestattet wird, wo 1916 Verkauf von Alkohol möglich war; er verlangt weiter eine Beschränkung der Ausschankzeiten in den Restaurationen.

Die Hoffnung der Norweger, einen „Weihnachtsschnaps" zu erhalten, ist endgültig zu Wasser geworden, weil die Regierung erklärt, daß sie ohne Genehmigung des Storthings keine Ausnahme von dem formell noch bestehenden Verbot machen kann und der Storthing erst zum 1. Januar 1927 zusammentritt. Die formelle Aufhebung des Verbotes wird wahrscheinlich zum 1. April 1927 erfolgen.

Rumänien vor ernsten Ereignissen

In Erwartung des Ableidens von Ferdinand Hohenzollern.

Aus Bukarest wird uns geschrieben: Die rumänische Königin ist von ihrer Amerikareise plötzlich abberufen worden. Der Grund für die Rückberufung dieser frischgebackenen Sioux-indianerin ist ernst. Trotzdem die amtlichen Bulletins den wahren Tatbestand zu verschleiern suchen, ist es allbekannt, daß der Gesundheitszustand des Königs ein äußerst schlechter ist. Jeden Augenblick kann seine Krankheit, welche die Aerzte auf andauernden übermäßigen Schnapsgenuß zurückführen, zu den äußersten Komplikationen Anlaß geben. Schon ist in allen Zeitungen das gesamte Material für die Trauernummer druckfertig und zwischen den Parteien sind schon seit geraumer Zeit Verhandlungen über die Bildung einer allnationalen Koalitionsregierung im Falle des Ableibens im Gange. Immer wieder liest man in der Presse und hört man in den Reden der Politiker jene versteckte, aber von jedermann leicht zu deutende Anspielung auf bevorstehende außerordentliche Ereignisse, „die das Land vorbereitet vorkinden müsse".

Der Tod des Ferdinand Hohenzollern könnte in der Tat sehr leicht das künstlerische Gleichgewicht der rumänischen Innenpolitik erschüttern. Carol, der verjagte Kronprinz, hat durchaus nicht auf seine Pläne verzichtet. Er dürfte voraussichtlich den Tod seines Vaters zur Rückkehr nach Rumänien benutzen. Dagegen wenden sich mit Entschiedenheit die Parteien aller Richtungen. Sowohl Averescu als auch Bratianu, der eigentliche Diktator Rumäniens, haben kürzlich in sensationellen Reden auf diese Möglichkeit hingewiesen und deutlich zu verstehen gegeben, daß die Oligarchie sich nicht durch Abenteurer in ihrer Vorherrschaft werde beeinträchtigen lassen. Auch die Verhandlungen zwischen den Parteien bezwecken nichts anderes, als eine Sicherung gegen die politischen Pläne des ehemaligen Kronprinzen. Vorläufig aber möchten die Liberalen die national-zaranistische Partei — die einzig bürgerlich-demokratische Oppositionspartei Rumäniens — als „unernst und bolschewistisch" von der Koalition ausschließen. Noch ist die Entscheidung darüber nicht gefallen. Aber nichts deutet darauf hin, daß die Liberale Partei ihre Haltung ändern wird. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß jene Tendenz obsiegen wird, die im Begriff steht, die Koalitionsperiode auszunützen, um unter dem Vorwande des Ordnungsschutzes einen Vernichtungsfeldzug à la Lankoff gegen die National-Zaranisten und selbstverständlich auch gegen die Arbeiterparteien zu führen. Das wissen die National-Zaranisten; sie sind entschlossen, sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen. So eröffnet sich, nach Ansicht ernstester Politiker, dem Lande die Perspektive schwerster innerer Verwickelungen, die sogar zum Bürgerkrieg führen können, wenn der Machtapparat des Staates nicht fest genug in der Hand der herrschenden Partei bleiben sollte

Kommunistische Kundgebung zu Ehren Krassins.

Berlin, 29. November. (WTB.)

8000 Rote Frontkämpfer hatten sich heute abend zu einer Trauerkundgebung für Krassin, dessen Asche auf dem Wege nach Rußland hier eintreffen sollte, am Schlesischen Bahnhof versammelt. Wie der kommunistische Abgeordnete Pieck mitteilte, werden jedoch infolge von Verzögerungen bei der Ueberfahrt nach dem Festlande die Ueberreste Krassins erst im Laufe der Nacht in Berlin eintreffen und in der Sowjetbotschaft Unter den Linden aufgebahrt werden, um am Montag nach Rußland überführt zu werden. Die Kommunisten werden aufgefordert, am Montagnachmittag sich im Lustgarten zu versammeln, wo der Zug mit den Ueberresten Krassins auf dem Wege von der Botschaft nach dem Bahnhof vorbeikommen werde. Ein starkes Polizeiaufgebot hatte keinen Anlaß zum Einschreiten.

Berlin, 29. November. (Radiomeldung.)

In Moskau wird die Urne mit der Asche Kassins voraussichtlich am 1. Dezember am Roten Platz gegenüber dem Grabe Frunses in die Kremlmauer eingemauert werden.

Thalia-Theater.

Bisson: „Madame Bonivard".

In den Literaturgeschichten bürgerlicher Historiker treten die Dichter vom Schlage Bissons nur als „Dichter" auf. Ob es Sardou oder Scribe sei, stets folgt ihrer Personalbeschreibung ein Sermon von der „Würde der Kunst", die ihnen nichts gegolten hätte. Die Scribe und Sardou konnten indessen auf ihre literarhistorischen Richter pfeifen und jahraus, jahrein die fettesten Tantiemen einstecken. Mit Recht, denn sie verstanden es, die Leute zu unterhalten, was immerhin keine geringe Kunst ist.

Alexander Bisson (1848 bis 1912) hat den „Dreh auch heraus". Seine unsterbliche „Madame Bonivard", im Original „Les surprises du divorce", die den Weg über die Bühnen der Welt gemacht hat, verschaffte dem Publikum des Thaliatheaters gestern einen amüsanten Abend, der sich zeitweise zu schallender Heiterkeit steigerte. Bisson beherrscht die Technik des Verwechselungsstückes virtuos, weiß zwerchfellerschütternde Situationskomik mit der Leichtigkeit des routinierten Schwankdichters herbeizuführen. Der Augenblick, in dem der Komponist Durval seine ehemalige Schwiegermutter als Schwiegermutter seines nunmehrigen Schwiegervaters (!) erblickt, ist eine Perle des ausgezeichneten Schwankes. Und das Schicksal der Barcarole, die der Komponist Duval seinen beiden Frauen widmet (der zweiten unfreiwillig!) ist ein Einfall, über dem ein Dichter ersten Ranges Grund hätte zu ausgelassener Freude. Es ist unmöglich, den Gang der verschlungenen, und dennoch glasklaren Handlung mit Worten zu zeichnen. Da muß man, ob man will oder nicht, sich Marktschreiertons bedienen: „Das müssen Sie gesehen haben!"

Alfred Haller war der Berufene, den eingebildeten und ach! — so schwer heimgesuchten Komponisten Duval zu mimen. In der, im vorherigen Absatz gezeichneten Erkennungsszene erhob sich seine Darstellung zu wahrhaft historischem Format, das des küsten Kritikers Blut in begeisterte Wallung brachte. Seine „Gegenspielerin", die unübertreffliche Schwiegermutter der ausgezeichneten Hermine Ziegler, war das zweite Kabinettstück der Aufführung. Sie schuf geradezu die platonische Idee der Schwiegermutter, wie sie im Lustspiel aller Zeiten lebt. Eine schöne Leistung, durch ihre, die so nahelieganbe possenhafte Uebertreibung meidende Auffassung der Rolle des schüchternen Liebhabers, war der Chameraux Fritz Henfels. Von den übrigen Mitwirkenden seien Fritz Günzel, ein Bourganeuf von Format, Bertel Grethers nette Gabrielle, die ohne Schaden verliebter sein könnte, sowie der Kapitän Emanuel vom Webers lobend genannt. Ortrud Wagners Diane war offenbar nicht nach den Intentionen des Dichters. Der Regie Elsa Rochel-Müllers besonderes Lob. Sie zeigte außerordentliches Geschick in der Lösung der nicht einfachen Aufgabe.

Das nicht sehr volle Haus spendete reichen Beifall. G. H.

Wie Liszt zum Spartacus wurde.

Als Liszt in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Paris lebte, erregte er nicht nur durch seine Kunst, sondern auch seines eigenartigen Aeußeren wegen allgemeines Aufsehen. Besonders Malern und Bildhauern war es immer wieder darum zu tun, den feinen Charakterkopf mit der prächtigen Römernase, den feurigen Augen und dem schönen Mund darzustellen. Wer das damalige Gesicht Liszts kennt, kann ihn daher auch auf den verschiedensten Bildern jener Zeit in irgendeiner Verkleidung entdecken. Als nun eines Tages der Bildhauer Denis Foyatier, der Schöpfer des Reiterstandbildes der Jeanne d'Arc in Orleans, seine Spartakus-Statue zu modellieren begann, die späterhin im Tuileriengarten aufgestellt wurde, nahm er sich den Römerkopf des jungen Musikers als Vorbild. Daß ihm Liszt dazu gesessen hat, ist allerdings kaum wahrscheinlich, war aber auch gar nicht notwendig, weil dem geübten Künstler wohl auch die persönliche Begegnung als Anregung genügte. Jedenfalls soll die Aehnlichkeit, wenigstens nach dem Urteil der Zeitgenossen, nahezu sprechend gewesen sein.

Die Fremdsprache in der Volksschule. Die niederländische Regierung wird demnächst der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf zur Renderung des Gemeindeschulgesetzes zugehen lassen, durch welchen den Gemeindeverwaltungen die Befugnis erteilt werden soll, in den Lehrplan der Gemeindeschulen den Unterricht in einer modernen Fremdsprache aufzunehmen.

Auf dem ersten Händel-Fest der Deutschen Händel-Gesellschaft, das vom 2. bis 5. Dezember unter Leitung von Rudolf Schulz-Dornburg in Münster in Westfalen stattfinden soll, werden vollkommen unbekannte Werke des Meisters für Chor, Orchester und Kammermusik zur Aufführung gelangen.

Nochmals „Aida".

Titelrolle: Gertrud Clahes.

Unsere Opernliteratur hat bekanntermaßen viele Gesangspartien, die dramatisch und lyrisch gesungen werden können. Hierzu gehört auch die Titelrolle der Oper „Aida". Bisher hatte an unserer Oper Margarete Fiege, die hochdramatische Sängerin, die Aida gesungen, in der letzten Aufführung ist die Partie auf Gertrud Clahes, unsere jugendliche Sängerin übergegangen. Beide Sängerinnen ergänzen sich in dieser Rolle und sind doch ganz verschieden. Die erste Aida riß uns durch Kraft der Stimme und des Ausdrucks hin, die zweite nimmt uns durch ihre zarten Lyrismen gefangen. Der Wohllaut ihrer Stimme, die Feinheit der Phrasierung, das fast kindliche Empfinden in der Darstellung rührte so lebenswahr unser Herz, daß wir den Abend über im Bann dieser selbstschöpferischen Leistung blieben, die weit von jeder Schablone stand.

Den König sang in der ersten Aufführung August Roesler ganz vorzüglich. Die Partie ist nicht groß, steht aber, um einen Theaterausdruck zu gebrauchen, „auf der Rippe". Kurt Brink, der neue Pharaonenherrscher, ist wohl keinen Fall ein „König", und die Kunst, ohne Stimme zu singen, hat er noch nicht erlernt. Sein rhythmisches Gefühl ist nicht ausgebildet und steht mit dem Orchester dauernd auf Kriegsfuß.

Rudolf Henze, endlich wieder bei Stimme, degradierte „seine holde Aida" um einen halben Ton; bei einiger Konzentrierung der Register hätte er die Arie im Original bringen können.

Prachtvoll sang Alfred Schütz den Rhamphis. Könnte er das heilige Schwert nicht in einem offenen Des bringen, sondern gedeckt singen, würden alle kratzigen Nebengeräusche wegfallen. Ausgezeichnet waren der Amonacro von Fritz Kerzmann und die Amneris von Ica v. Barsy.

Das Haus war wieder ausverkauft. S. S.

Stadttheater. Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr gelangt als erste Vorstellung von Richard Wagners „Ring des Nibelungen" das „Rheingold" zur Aufführung. Beschäftigt sind die Damen v. Barsy, Clahes, Fiege, Schnelle, Eremmel und die Herren Wassermann, Böhmer, Brink, Henze, Kathammer, Kraemann, Roesler, Schütz. Außer den drei letztgenannten singen sämtliche Herren sowie Ica v. Barsy die Partien zum ersten Male. Orchester in der Originalbesetzung mit den sogen. Ring-Tuben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0002

Hier sieht man

den berühmten Apparat des Generals Walter, mittels dessen die Munition der Franzosen aus weiter Entfernung zur Explosion gebracht werden konnte. Schade nur,

daß in jenem Apparat eine Schraube lose war!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. November. (Sog. Pressedienst.)

Bei schwacher Besetzung des Hauses wurde am Sonnabend im Reichstag die zweite Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes fortgeführt. Von geistigen Menschen der bürgerlichen Parteien kamen nur der Demokrat Heuß und der Zentrumsabgeordnete Kroone zu Wort, ein Führer der katholischen Jugend, der seine Jungfernrede hielt. Beide traten zwar für das Gesetz ein, jedoch ohne großen Eifer. Der Demokrat ließ durchblicken, daß in seiner Fraktion sich eine Reihe von Gegnern des Gesetzes befindet. Eine seichte Rede hielt dann die Bayerische Volkspartei-Leiterin Lang-Brumann, die sich die dummdreiste Bemerkung erlaubte, die Sozialdemokratie arbeite mit dem Schmutzkapital Hand in Hand. Merkwürdig übrigens, wie dieser Vorkämpferin für eine literarische Zensur das Wort „Kapital" und die Forderung, gegen eine bestimmte Art „Kapitalismus zu kämpfen", bei solchen Gelegenheiten geläufig über die Lippen fließt. Sonst wollen sie von einem Kampfe gegen kapitalistische Gutsherren leider nichts wissen.

Für die Sozialdemokratie sprachen Löwenstein, Seydewitz und Fleißner, die unter starker Betonung der Notwendigkeit des positiven Kampfes gegen den Schund es ablehnten, die deutsche Literatur unter Zensurbehörden zu stellen, deren Wirken für das freie künstlerische Schaffen eine Gefahr werden könne.

Nächste Sitzung heute, Montag, nachmittag 3 Uhr.

Die Lehrer gegen das Schundgesetz

Berlin, 28. November. (Radiomeldung.)

Der Deutsche Lehrerverein, dessen Mitglieder am besten die Wirkung von Schmutz- und Schundliteratur feststellen können, hat in einer Entschließung das Schundgesetz in der jetzigen Gestalt abgelehnt, weil keine Sicherung gegeben sei, daß durch dieses Gesetz nicht Lebensgebiete betroffen werden, die vor jedem polizeilichen Zugriff bewahrt werden müßten. Den besten Kampf gegen Schmutz und Schund steht der Verein in der Verbreitung guter Bücher unter der Jugend.

Moses bei Hölz.

Aus dem Begnadigungsausschuß des Reichstages

Der Begnadigungsausschuß des Reichstages befaßte sich am Sonnabend mit dem von der Verteidigung des Max Hölz vorgelegten Entlastungsmaterial. Der Vorsitzende, Abg. Moses (Soz.), gab dem Ausschuß offiziell Kenntnis von den Erklärungen des Bergarbeiters Erich Friebe, der sich in einem Schreiben selbst der Tötung des Landwirtes Heß beschuldigt, und des Zeugen Walter Uebe, daß er sein Zeugnis nicht mehr aufrechterhalten könne. Außerdem erwähnte der Vorsitzende die zahlreichen Entschließungen, Telegramme und Schreiben, in denen vom Ausschuß teils die sofortige Freilassung von Max Hölz gefordert wird oder die sich teils scharf dagegen aussprechen. Sie alle verlennen die Machtbefugnis des Ausschusses.

Die Verteidigung überreichte dem Ausschuß zwei Anträge: Der Ausschuß möge dem Reichsjustizminister empfehlen den Oberreichsanwalt anzuweisen, von Amts wegen die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen und dem Reichsjustizminister die volle Anwendung der Amnestie gegenüber Hölz zu empfehlen, da alle Handlungen des Hölz aus politischen Beweggründen begangen worden seien. Die Reichsregierung ließ erklären, daß weder dem Reichsjustizminister noch dem Oberreichsanwalt bisher das neue Entlastungsmaterial vor der Verteidigung zugegangen ist.

In einer nichtoffiziellen Sitzung hörten die Ausschußmitglieder den Bergarbeiter Friebe und den Hauptbelastungszeugen Uebe. Schließlich beschloß der Ausschuß, daß sich sein Vorsitzender sofort zu Hölz in das Zuchthaus Groß-Strehlitz begibt, um die Beschwerden von Hölz entgegenzunehmen und Frau Mende persönlich die Witwe des erschossenen Landwirts Heß hört. — Dr. Moses hat sich bereits am Sonnabend nach Groß-Strehlitz begeben.

Wahlabkommen.

Zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten.

Paris, 29. November. (Radiomeldung.)

Der sozialistische Bezirksverband der Seine nahm am Sonntag Stellung zu der Frage, ob bei den Senatswahlen die Liste der Radikalsozialisten, an deren Spitze der Generalgouverneur von Marokko Steeg steht, unterstützt werden soll. Während sich Lyromski scharf gegen eine Unterstützung der Liste aussprach, weil Steeg unter Millerand Minister gewesen sei, traten Longuet und andere Führer der Partei gegen diese Haltung auf. Der Antrag Lyromski wurde mit 1706 gegen 807 Stimmen abgelehnt.

Schlagwetter-Katastrophe.

Drei Tote, fünfzehn Verletzte.

Die Ursachen.

Hamm, 28. November. (Radiomeldung.)

Auf der Zeche De Wendel sind in der Nachtschicht vom Sonnabend zum Sonntag Schlagwetter explodiert, wobei drei Bergarbeiter getötet, fünf schwer und zehn leicht verletzt wurden. Es ist bisher nicht gelungen, den Grubenbrand zu löschen. Der Herd der Explosion ist in einem Abbaubetrieb in einem Flöz der mittleren Fettkohlenschicht zu suchen. Durch Selbstentzündung der Kohlen ist, nach dem amtlichen Bericht des Oberbergamts, ein kleiner Brand entstanden, der die Schlagwetter entzündete. Das Unglück ergeinete sich in der ersten Ueberschicht, die auf De Wendel verfahren wurde. Der Betriebsrat hatte sich in einer Besprechung mit der Werksleitung gegen das Verfahren von Ueberschichten erklärt, weil die ganze Art der Gesteinslagerung auf De Wendel eine übermäßige Gewinnung von Kohle nicht zuläßt. Das ganze Grubenfeld ist dermaßen beschaffen, daß leicht Schlagwetter auftreten. Deshalb hatte der Betriebsrat verlangt, daß, wie bisher, nach zwei Förderschichten eine Reparaturschicht folgt, während durch das Einsetzen der Ueberschichten erst auf fünf Förderschichten eine Reparaturschicht folgte. So fuhren denn in der Unglücksnacht zum ersten Male an Stelle der Reparaturschicht die Kohlenhauer ein. Vor der Zeche ereigneten sich herzzerreißende Szenen. Während der ganzen Nacht stand vor dem Zechentore dichtgedrängt eine ängstliche Menge. Frauen riefen nach ihren Männern, verzweifelt die Hände ringend. Eine quälende Ungewißheit bemächtigte sich der harrenden Menge. Dazu wurde noch die Kunde laut, daß die Knappen der bisher nichtgefährdeten Reviere nicht ausgefahren, sondern weiterarbeiteten. Allgemein wurde eine weitere Ausdehnung des Brandes und die weitere Explosion befürchtet.

Die Zechenverwaltung nimmt an, daß sich infolge des entstandenen Grubenbrandes schlagende Wetter entzündet haben und hierdurch eine Kohlenstaubexplosion eingetreten ist. Das Revier war, wie der staatliche Einfahrer erklärte, noch am Tage zuvor in bester Ordnung. Das in allen Revieren durchgeführte Gesteinstaubverfahren hatte sich wieder einmal hervorragend bewährt. Durch dieses ist ein Uebergreifen des Brandes und der Explosion auf andere Reviere verhindert worden. Lediglich das angrenzende Revier 1 ist durch Stichflammen in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Verletzten haben zum Teil furchtbare Brandwunden erlitten. Schwierigkeiten bereitete der Abtransport der Verletzten. Die Zeche hat für ihre etwa 4500 Mann starke Belegschaft nur einen Krankentransportwagen mit Pferdegespann, da trotz fortgesetzter dringender Vorstellungen des Betriebsrats bis jetzt keine Autos angeschafft wurden.

Die Abiturientin und der Geiger.

Erst angeschossen und dann wieder verlobt.

Wegen Mordversuchs hatte sich am Sonnabend vor einem Berliner Schwurgericht die 24jährige Zeichnerin Thea Witter zu verantworten. Als Tochter aus gutem Hause eines westlichen Vororts hat sie das Abiturientenexamen gemacht und sich dann der Kunst gewidmet. Auf einer größeren Reise lernte sie in diesem Sommer auf dem Schiff zwischen Kopenhagen und Stettin einen 4 Jahr jüngeren Geiger aus dem Lunapark kennen, in den sie sich sofort unsterblich verliebte. Noch auf dem Dampfer wurde heimliche Verlobung gefeiert. Sie führte den jungen Geiger auch bei ihren Eltern ein. Als sie ihm aber in der Wohnung ein Schäferstündchen gewährte, zwangen die Eltern die Tochter auszuziehen. Sehr bald trübte sich das Liebesverhältnis und als der Geiger bei einem Wiedersehen von einer Versöhnung nichts wissen wollte, zog sie eine Waffe und verletzte ihn am Kopf. Die Verletzung war allerdings nicht schwer. Angeblich wollte sich das Mädchen selbst das Leben nehmen, wobei die Waffe frühzeitig losging. Das Gericht erkannte lediglich wegen fahrlässiger Körperverletzung auf 4 Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Verlobung erneuert worden ist.

Brand in einer elsässischen Kaligrube.

Paris, 29. November. (WTB.)

Nach einer Meldung des „Temps" aus Colmar brach infolge Kurzschlusses in einem Schacht der Kaligrube „Sankt Therese" Feuer aus. Sämtliche Arbeiten mußten eingestellt werden. Den ganzen Tag über hatte man mit der Bekämpfung des Feuers zu tun, das noch nicht vollständig gelöscht wurde. Personen sollen nicht zu Schaden gekommen sein.

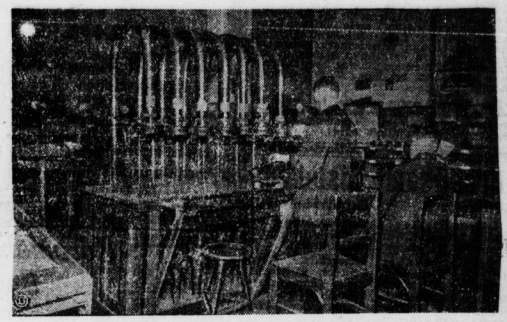
Großfeuer in Sindolsheim

Mosbach, 29. November. (WTB.)

In der Nacht zum Sonnabend brach in Sindolsheim am Buchen ein Großfeuer aus, das zwei Wohnhäuser und auch Scheunen in kurzer Zeit vollständig in Asche legte. Den Feuerwehren der ganzen Umgegend gelang es schließlich, nach einigen Stunden das Feuer einzudämmen. Mehrere Schweine und zahlreiches Geflügel sind in den Flammen umgekommen. Das Großvieh konnte noch gerettet werden.

50 Jahre Berliner Rohrpost.

Am 1. Dezember feiert die Berliner Rohrpost das 50jährige Jubiläum ihrer Erbauung durch Feldinger. Rund 80 Berliner Postämter sind heute an das zirka 250 Kilometer lange Röhrennetz angeschlossen und haben im letzten Betriebsjahre 1927 4 Millionen Briefe und Karten und 4½ Millionen Telegramme befördert. Da die Inanspruchnahme der Rohrpost auch jetzt noch ständig wächst, werden besondere Schnell-Linien eingerichtet, auf denen die durch Druckluft oder Saugluft abgesandten Briefpatronen mit 70 Kilometer Stundengeschwindigkeit dahinfliegen. — Unser Bild zeigt eine Ankunftstation der Rohrpostpatronen auf einem Berliner Postamt.



Ausbruch des Vesuv.

Der Krater des Vesuvs ist seit Freitag in starker Tätigkeit. Während weithin ein donnerähnliches Rollen zu vernehmen ist, steigen hohe Flammen Tag und Nacht zum Himmel empor. Auch Steine und Lava werden aus dem Krater geschleudert, jedoch ist ein größerer Lava-Ausbruch noch nicht erfolgt. Der Bevölkerung der dem Berg benachbarten Orte hat sich angesichts der großen Gefahr eine starke Erregung bemächtigt. Den Behörden gelang es jedoch, eine überstürzte Flucht zu verhindern. Zahlreiche Touristen aus aller Herren Länder sind in Neapel zusammengeströmt, um das einzigartige Naturschauspiel zu beobachten.

Der Lavastrom.

Neapel, 29. November. (WTB.)

Nach einer Mitteilung des Vesuvobservatoriums hat sich der Eruptionskegel am Nordhang geöffnet und einen starken Lavastrom ausgeworfen, der die ganze Nordhälfte des großen Kraters bis zur niedrigsten Stelle seines Randes ausgefüllt hat. 500 Meter breite Lavaströme ergießen sich durch das Höllental. Aus einem kleinen Eruptionskegel von ungefähr 60 Meter Durchmesser wird eine weißglühende Masse ausgeworfen. Es handelt sich um die gewöhnliche Zunahme der vulkanischen Tätigkeit, die alljährlich nach der Regenperiode eintritt.

Erhöhte Sicherung des Zugverkehrs.

Auf der Strecke Berlin—Potsdam hat die Reichsbahn Versuchsanlagen geschaffen, die als sogenannte Zugbeeinflussungseinrichtung ein direktes Eingreifen in die Fahrt eines Zuges ermöglichen. Beide Systeme, eines von der Firma Lorenz, das andere von der Firma Siemens, haben bei Probefahrten mit Lokomotiven günstige Ergebnisse erzielt. Auf alle Fälle sind diese neuen Sicherheitsmaßnahmen geeignet, noch mehr als bisher ein Ueberfahren von Halt- und Gefahrsignalen zu verhüten und dadurch Eisenbahnunfällen vorzubeugen.

Die Opfer des Wirbelsturmes in Nordamerika. Nach einer Meldung der Chikagoer „Tribüne" aus Neuyork betragen die Verlustziffern bei der Wirbelsturmkatastrophe in Nordamerika 90 Tote und 300 Verletzte.

Ein Berliner Kaufhaus in Flammen.

Berlin, 29. November. (Radiomeldung.)

Ein gewaltiges Großfeuer kam am Sonntagmorgen kurz nach 7 Uhr in Berlin in einem Riesengeschäftshause gegenüber dem Märkischen Museum zum Ausbruch. Acht Löschzüge wurden aufgeboten, um dem gewaltigen Brand Einhalt zu gebieten, was erst nach fünfstündiger Arbeit gelang. Der Sachschaden, von dem eine Bettfedernfabrik, eine Schokoladenfabrik sowie ein Kaufhaus betroffen wurden, geht in die Millionen. Der Dachstuhl und die beiden obersten Stockwerke des Gebäudes fielen den Flammen zum Opfer. Zwei Feuerwehrleute erlitten schwere Brandwunden, zwei Rauchvergiftungen. Die Feuerwehr war insgesamt 12 Stunden tätig, bis die Aufräumungsarbeiten vollendet waren.

Autounglück.

Ansbach, 29. November. (WTB.)

Ein auf der Fahrt von Paris nach Prag befindliches Auto fuhr auf der Straße von Feuchtwangen nach Ansbach gegen einen Baum. Alle drei Insassen wurden herausgeschleudert und erlitten Gehirnerschütterungen. Einer von ihnen schwebt in Lebensgefahr.

Fortschritte in der Elektrisierung

Eine neue elektrische D-Zug-Lokomotive von außerordentlicher Leistungsfähigkeit hat die Reichsbahn jetzt dem Betrieb übergeben. Die vier Motoren der Maschine erzielen eine Dauerleistung von 2400 P.S. und eine vorübergehende Höchstleistung bis zu 4000 P.S. Diese neue siebenachsige Maschine, die von der AEG.-Lokomotivenfabrik gebaut worden ist, vermag Schnellzüge bis zu einem Gewicht von 700 Tonnen, also mit 17 D-Zug-Wagen, mit einer Geschwindigkeit von 110 Kilometern in der Stunde zu befördern. Damit übertrifft sie die Leistungsfähigkeit der bisher stärksten deutschen Lokomotiven um etwa ein Drittel. Die Maschine läuft vorläufig auf der Strecke Leipzig-Halle. Nach Einführung des elektrischen Zugbetriebes auf den Linien Breslau—Königszelt und Breslau—Liegnitz wird sie in Schlesien Verwendung finden. Weitere Maschinen dieser Gattung sind in Auftrag gegeben.

Störung einer Reichsbanner-Kundgebung.

Nationalsozialistische Rauhbolde.

Berlin, 28. November. (Radiomeldung.)

Bei einer großen Kundgebung, die das Reichsbanner Berlin am Sonntag als Abschluß einer Werbewoche veranstaltete, kam es im Westen der Stadt zu mehrfachen Zusammenstößen mit Angehörigen rechtsradikaler Organisationen, die die Veranstaltung durch Gegendemonstrationen zu stören versuchten. Der schwerste Zwischenfall ereignete sich am Fehrbelliner Platz, wo am Nachmittag um 1½ Uhr, während Reichstagspräsident Löbe eine Ansprache hielt, ein Schuß fiel, durch den ein Reichsbannermann am Kopfe verletzt wurde. Im Augenblick war eine Straßenbahn vorübergefahren, auf der sich Nationalsozialisten befanden. Es ist also mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß nur von diesen von der Straßenbahn aus geschossen wurde. Anschließend daran entstand eine Schlägerei, doch gelang es den Reichsbannerführern und der Polizei sehr bald, die Ruhe wiederherzustellen. Die Polizei nahm 14 Nationalsozialisten und 2 Mitglieder des Reichsbanners fest, sowie eine Person, die im Besitz einer Pistole war. Den Nationalsozialisten wurden Schlagringe und Dolche abgenommen. In der Straßenbahn wurde eine Pistole gefunden. Nach der Veranstaltung auf dem Fehrbelliner Platze bewegte sich ein Zug von zehntausend Reichsbannerleuten mit zahlreichen Kapellen nach der großen Funkhalle auf dem Messegelände, wo ein Volksfest stattfand.

Maizena für das Nährmehl
Säug Kind Kran

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Organisationskörper im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Saale 42144. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Der 12. und 13. Dezember veranstaltet am 4. Dez. im „Landhaus", Merseburger Straße, einen Unterhaltungsabend mit Tanz. Hierzu sind besonders der Freie Sängerchor und die Reichsbannerkameraden der 5. Abteilung eingeladen. Ebenso sind Genossinnen und Genossen aus anderen Bezirken willkommen.

SAJ. Heute abend Turnen in der Gleichschteinerschule. Morgen pünktlich 1/8 Uhr Funktionärsitzung.

Frauen spp. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Versammlung. Die Genossin Marie Wachwitz aus Weißenfels spricht über: „Die Aufgaben der Frau in Staat und Gemeinde." Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Arbeiter-Wohlfahrt. Dienstag abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Vorstandssitzung.

Arbeiter-Wohlfahrt. Listen der zu Weihnachten zu Beschenkenden sind bis 30. Novbr. dem Vorsitzenden zu übergeben.

Aus dem Bezirk

Gangerhausen. Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im „Herzog" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Hohenzollernvergleich". Redner: Die Landtagsabgeordneten Gen. Dr. Wuentig, Halle, und Christange, Eisleben. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Pössendorf. Sonnabend, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stadt Halle" Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Redakteur Habicht (Halle) über: „Von Versailles nach Genf". Alle Mitglieder und Gäste mit Frauen sind freundlichst eingeladen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vorstandssitzung mit Abteilungsführern und Jugendleiter.

Nächste Generalabrechnung in der zweiten Dezemberwoche (6. und 7. Dez.). Vor Ausgabe der neuen Mitgliedskarten für das kommende Jahr müssen die alten Karten restlos in Ordnung sein. Die Kleidergeld-Kontrollscheine sind zur Abrechnung mitzubringen. Geschäftsstunden für den öffentlichen Verkehr in der kommenden Woche am Montag, dem 29. Nov., von 5 bis 9 Uhr bei Kam. Müller, Eichendorffstraße 19.

Die Vereine werden gebeten, bei Aufgabe von Mitteilungen für den Vereinsanzeiger stets anzugeben, wie oft oder an welchen Tagen die Mitteilungen erscheinen sollen

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131

Offene Stellen: **Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung:** Kellnerlehrling nach auswärts (Merseburg) für sofort gesucht.

Arbeitsuchende: **Gewerbliche Abteilung:** Kordmacher, Schlosser, Elektriker, Maurer, Schneider, Schriftsetzer, Zimmerleute, Bäcker, Bureauarbeiter, Handlungsgehilfen, Steiger und Maschinentechniker. **Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung:** Autoschlosser, Schriftsetzer, kaufm. Berufe, Tischler. **Weibliche Abteilung:** Arbeiterinnen, Aufwartungen, Dienstmädchen, Hausdame, Haustöchter, Helferin für Apotheke, Kontoristinnen, Kinderpflegerinnen, Stenotypistinnen, Verkäuferinnen, Waschfrauen, Weißnäherinnen. **Landwirtschaftliche Abteilung:** landwirtschaftliche Arbeiterinnen, Männer und Burschen.

Bekanntmachung.

Für die Einstellung und Beschäftigung nichtlandwirtschaftlicher Ausländer im Jahre 1927 finden dieselben Bestimmungen Anwendung wie bisher. Das Genehmigungsverfahren ist daher auch dasselbe wie im Vorjahre. Alle Anträge zur Beschäftigung von Ausländern sind bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis Eisleben, Petristraße 9, auf vorgeschriebenen Formularen, die dort kostenlos erhältlich sind, bis zum 10. Dezember 1926 einzureichen. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ohne die erforderliche Genehmigung ist strafbar.

Eisleben, den 24. November 1926.

Der stellvertretende Vorsitzende des öffentl. Arbeitsnachweises Eisleben.

Dr. Fitzner. 8115

Hallorentropfen

der beste Magenlikör

Feinster Weinbrand und **Brehmer-Liköre**

in der Likörfabrik und Weingroßhandlung

Brehmer Nachf., Halle a. S.

obere Leipziger Straße 43 8124

Winterfahrt in die Alpen!

Billiger Sonderzug 4. Klasse nach **Oberstdorf** am 27. Dezember; zurück 2. Januar. — Hält in **Augsburg** zum Besuch von Oberbayern.

Fahrpreis von Leipzig nach Oberstdorf und zurück 27,90 Mk., Augsburg 20,40 Mk. Einsteigen auch in Corbetha, Weißenfels, Naumburg, Jena und Saalfeld. Wohnung mit Frühstück, Heizung usw. für fünf Tage von 15 Mk. an. Sport- und sonstige Veranstaltungen zu ermäßigten Preisen bzw. kostenlos.

Alles Nähere durch amtliche Werbeschriften und Aushänge.

Eisenbahn-Verkehrsamt Leipzig

Roßchenstraße 1. 8118

ist ein **Sprechapparat**, auch in Schrankform, von

H. Propheta, Rannischestraße 15

Nähmaschinen Victoria und Veritas || Fahrräder Opel, Göricke u. andere

Große Auswahl - Billige Preise - Beste Ausführung

Elektrisch aufgenommene Schallplatten unübertroffen in Ton und Klangschönheit, in größter Auswahl v. 50 ₰ an

Anzahlung **20 Mk. - Wochenrate 3 Mk.**

Reparaturen fachmännisch und billig 8119

Stadt-Theater

Heute 8117

Montag 8 Uhr: **Das Schiedsgericht**

Hierauf: **Der zerbroch. Krug**

Dienstag 8 Uhr: **Das Rheingold**

Edison-Theater

Goethestr. 26.

Heute abend 8 Uhr: Zum letzten Male **Macht's unter Menschenhändler**

Der große Abenteurer: **„Er" als Kandidat** — 13 Akte. —

Musik: Klavier, Cello, Geige. 8119

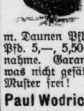
Ab Freitag: **Paganini** mit **Conrad Veidt.**

Korbmöbel

Puppenwagen

Bubi Rohrmöbel Herrenstraße 4

Neue Gänsefedern



wie sie v. d. Gans ger. werd., mit allen Daunen Pfd. 2,20, bessere 3,— Mk., Halbdaunen Pfd. 5,— Mk., Ia 6,— Mk., 1/2 Daunen, sehr zart, Pfd. 7,—, Volldaunen Pfd. 9,— Mk., Ia 10,— u. 12,50 Mk., ger. Federn m. Daunen Pfd. 3,50, 4,50 Mk., weiß u. weich Pfd. 5,—, 5,50 u. 6,— Mk. Versand per Nachnahme. Garantie für reelle Ware und nehme, was nicht gefällt, auf meine Kosten zurück! — Muster frei! 7255

Paul Wodrich, Neutrebbin (Oderbruch)

Gänsemästerei und Bettfedernreinigung

Am Bahnhof.

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Walhalla

Tel. 28385 Anf. 8 Uhr

Nur noch heute und morgen:

Die von der Liebe leben.

Ein Sitten-Drama in 4 Akten von Thilo Schmidt. Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt. 8103

Ab Mittwoch, 1. Dezember: Das große **Attraktions-Varieté-Programm.**

Großes Lager in allen **Zupf-Instrumenten** in bekannter Qualität bei 7296

H. Müller

Gr. Märkerstr. 3 Leipziger Str. 18

Sehr gut! Sehr billig!

Metall-Bettstellen Mk. 15,— 18,— 19,50 25,50 usw.

Holz-Bettstellen Mk. 25,— 28,— 29,— 38,— 41,— usw.

Kinder-Bettstellen Mk. 15,— 21,— 23,50 25,— 28,— usw.

Denkbar größte Auswahl.

Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!

Teilzahlungshaus **Brüno Baris**

Kl. Ulrichstraße 2, Eingang Kanzleigasse

2 Minuten vom Markt. 8121

Jede Hausfrau

sollte **2 mal** wöchentlich

Seefische

aus der

Gr. Ulrichstr. 58 8120

Bernburger Straße 17 am Reileck.

auf den Tisch bringen, weil **nahrhaft, wohlschmeckend und billig.**

Kochbücher gratis!

Preise nur für Dienstag:

Grüne Heringe . . . . ℔ **32** ₰

Goldbarsch ohne Kopf . ℔ **35** ₰

Kabeljau ohne Kopf . . . . ℔ **45** ₰

Karbonaden bratfertig . . ℔ **60** ₰

Bratscholle . . . . . ℔ **40** ₰

Ferner ebenso billig als im Frieden:

Kieler Sprotten Kiste mit 1 ℔ Inhalt . . nur **60** ₰

Heute eingetroffen wieder 1 Waggon = 100 Tonnen

Schollen

von unserem Einkäufer ausgesuchte Ware

1 Stück **15** ₰ **10** ₰ und **8** ₰

10 Stück **140** ₰ **95** ₰ **75** ₰

Nur Bernburger Straße am Reileck täglich von 10 bis 7 Uhr:

Gebackenen Fisch

warm aus der Pfanne, **eine Delikatesse.**

Kinder ohne Fruchtnahrung werden Sorgenkinder!

Die körperliche und geistige Erziehung des Kindes soll mit der frischen Frucht einhergehen. Der kindliche Organismus verlangt jene feinen, aromatischen Stoffe eines guten Apfels, einer Banane oder einer Apfelsine zur Entfaltung der Keime seiner Kraft, verlangt die Vitamine der frischen Früchte zur Abwehr der Kinderkrankheiten. Die geistige Heranbildung wird mit Gewährung oder Entziehung einer frischen Frucht spielend beeinflußt.

Esst mehr Früchte,

und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit.

Bezirks-Konsumverein Weissenfels-Naumburg

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

In Anpassung an die veränderte Lage auf dem Geldmarkte hat die gemeinschaftliche Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, die

Spareinlagezinsen

ab **1. Januar 1927** wie folgt festzusetzen:

5 % bei täglicher Verfügung

6 % bei monatiger Kündigung

7 % bei vierteljährl. Kündigung

Der Aufsichtsrat. Wilh. Pfordte, 1. Vorsitzender.

Der Vorstand. Franz Plötner. Max Wieglepp.

Spart nur in Eurer Genossenschaft 8114

Michel Briketts

Anerkannt beste Marke

General-Vertrieb für Merseburg und Umgegend:

Michel-Brikett-Verkaufsstelle m. b. H. Merseburg

Fernruf 82 Fernruf 82

Kontor: Nulandtstraße (am Güterbahnhof)

Merseburg

Spare wieder!

auch kleinste Beträge, bei der

Kreissparkasse Merseburg

Kleine Ritterstraße 19 (Kreishaus).

Kostenlose Ueberlassung von Heimsparbüchsen.

Zweigstellen in Dürrenberg, Leuna und Papitz.

Sporthaus Häther

Merseburg, Kl. Ritterstr. 1

Spielwaren Geschenkartikel Lederwaren

Gebr. Becker

Lederhandlung

Gegründet 1861 Telefon 423

Merseburg, Breitestr. 4

Karl Stürzebecher

Merseburg

Strumpfwaren :·: Wäsche Herren-Artikel

Karl Baum

Merseburg

Kl. Ritterstr. 14 Gegründet 1832

Spezialgeschäft feiner Solinger Stahlwaren Haus- und Küchengeräte

Feinschleiferei für Messer u. Scheren aller Art

Wilhelm Schüler, Merseburg

Uhren und Goldwaren

Alleinverkaufsstelle der **Alpina-Uhren**

Eigene Reparaturwerkstätte.

Herrenschneiderei

Sparen u. doch gut gekleidet sein?

Willst Du das, kaufe bei

Rulfes

Spezialität: Münchener Loden-Bekleidung

Tuchhandlung

Sonder-Ausstellung Gotthardtstraße 16

für Oefen und Herde jeder Ausführung

Günstige Preise und Zahlungsbedingungen

Lieferung frei Haus — Besichtigung jederzeit gern gestattet

C. F. Meister Merseburg

Telefon 158 und 160

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. November 1926.

Parteinachrichten.

6. und 8 Ortsbezirk. Am Donnerstag, dem 2. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Alemannihalle", Thale, Berliner Straße: Ortsbezirksversammlung. Die Tagesordnung enthält u. a.: Vortrag und wichtige organisatorische Mitteilungen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. **Der Bezirksführer.**

7. Ortsbezirk. Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung in der Robert-Franz-Halle", Robert-Franz-Straße. Vortrag des Genossen Flücht über: „Kommunale Angelegenheiten". Republikaner sind freundlichst eingeladen. **Der Bezirksführer.**

12 Ortsbezirk Donnerstag, den 2. Dezember, Versammlung in den „Bernhardshallen", Bernhardstraße. Thema: „Fascismus".

Frauengruppe der SPD Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung. Vortrag der Genossin Frau Marie Wackwitz (Weißenfels). Recht rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen wird erwartet.

Was nun?

Diese Frage ist infolge der Amtsniederlegung der dem Ordnungsblock angehörenden Mitglieder des Rechts- und Verfassungsausschusses jetzt mehr denn je am Platze. Der genannte Ausschuß ist im September ausdrücklich mit dem besonderen Auftrag betraut worden, die Schuldfrage in der Stadtbankangelegenheit zu klären. Um das zu ermöglichen, erfolgte eine teilweise Neubesetzung. Wenn jetzt die Stadtv. Busse, Finger, Hirsch, Hoe, Starke und Steinbrück ihre Aemter niederlegen und in einem Schreiben an den stellvertretenden Vorsitzenden darauf hinweisen, daß sie den Rechts- und Verfassungsausschuß als nicht mehr verhandlungsfähig ansehen, so sind sich die Herren über die Weiterung ihres Schrittes anscheinend nicht ganz im klaren. Jedenfalls sind die im Untersuchungsausschuß verbliebenen Mitglieder für den Fortgang der Arbeiten und in der nächsten Stadtverordnetensitzung wird man sich darüber schlüssig werden müssen, ob man das tun will, oder ob auch nach außen dokumentiert werden soll, daß es den Blockherren nur darauf ankommt, Zeit zu gewinnen, um die Wogen der Erregung zu beruhigen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses bestätigt uns den Eingang der Amtsniederlegung der obengenannten Herren, bemerkt aber, daß ihm der Grund zu diesem Vorgehen nicht mitgeteilt worden sei. Das geschieht in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse, in der behauptet wird, daß der Rücktritt nur eine Notmaßnahme der Bürgerlichen sei zur Abwehr schädigender Störungen bei der Kreditabwicklung durch die Kommunisten. Wir kommen auf Einzelheiten des Entschuldigungsschreibens noch zurück. Was nunmehr geplant ist, darüber gibt am deutlichsten die „Allgemeine Zeitung" Auskunft, die sagt, daß volle Klarheit erst durch das schwebende Verfahren gebracht werden könnte. Und da es sich nicht um eine unter sozialdemokratischer Leitung stehende Gemeinde handelt, die den größten Finanzskandal erlebte, wird man nach berühmten Mustern ablehnen, in das schwebende Verfahren einzugreifen.

Wer wagt zu behaupten, daß es anders kommt?

Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene.

Beseitigung eines oft gerügten Mißstandes.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Verfügung des preußischen Justizministers entnimmt, soll die den Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen zu gewährende Entschädigung keine Vergütung für die Dienstleistung selbst, vielmehr nur eine Entschädigung für den Verdienstausfall, entsprechend der durch die Dienstleistung versäumten Arbeitszeit, sein; dennoch soll bei Entscheidung der Frage, ob ein Verdienstausfall stattgefunden hat, und bei Festsetzung der Entschädigung nicht kleinlich verfahren werden. Wenn die Vermutung gerechtfertigt erscheint, daß der Schöffe usw. überhaupt eine Arbeitszeit versäumt hat, so soll in der Regel von der Erbringung des Nachweises eines wirklich eingetretenen Verdienstausfalles abgesehen werden.

Der Höchstsatz der Entschädigung für eine Stunde beträgt 1,50 Mk.; mehr als 10 Stunden für einen Tag dürfen nicht entschädigt werden. Lohn- oder Gehaltsempfängern ist eine Entschädigung zu versagen, wenn sie für die Zeit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ihre vertragsmäßige Vergütung vom Arbeitgeber erhalten. Schöffen usw. mit Wohnsitz und Erwerbstätigkeit außerhalb des Sitzungsortes ist die Wegezeit als Zeit der Dienstleistung anzurechnen. **In allen Fällen kann der außerhalb der Sitzungsdauer liegende Teil der gewöhnlichen Arbeitszeit des Schöffen usw., den er infolge seiner Teilnahme an der Sitzung nicht zur Arbeit ausnutzen kann, als Verdienstausfall angerechnet werden.**

Was mitteldeutschen Bergarbeitern heute geboten wird.

Wegen „Beamtenbeleidigung" fristlos entlassen. — Trotz Arbeit bis zur Erschöpfung auf die Straße gesetzt. — Eine interessante Gewerbegerichtssitzung.

„Ganz kurze Aermel hat sie, — ganz grauen Kopf hat sie, — zehn Jahre älter ist sie als ihr Mann, Lackschuhe trägt sie trotzdem." Das waren die Worte, die die Frau eines Bergwerksdirektors der Braunkohlengewerkschaft Christoph Friedrich aus der Unterhaltung eines Arbeiterehepaares auf neunzig Meter Entfernung gehört haben wollte. Sie bezog die Aeußerungen auf sich, teilte sie ihrem Manne mit, der daraufhin den auf der Geiselralgrube „Cäcilie" beschäftigten Bergarbeiter wegen Beamtenbeleidigung fristlos entließ.

Bei ihrer Vernehmung vor dem Gewerbegericht Halle erklärte die Frau Direktor, daß der Arbeiter, „wenn sie recht gehörte habe", nur eine der obigen Aeußerungen getan hätte. Der Vorfall hatte sich außerdem außerhalb der Arbeitszeit abgespielt. Der Werksvertreter betonte, **daß zu so harten Mitteln gegriffen werden müsse, um die Disziplin zu wahren.**

Das Gericht war anderer Meinung: Von einer Beamtenbeleidigung könne keine Rede sein und hinsichtlich des in den Grubenrevieren herrschenden Tones erteilte der Vorsitzende dem in solchen Fällen sehr zartbesaiteten Werksvertreter Dr. Musset eine sehr angebrachte und verdiente Belehrung. Im übrigen wurde entschieden, **daß die Entlassung des Arbeiters N. zu Unrecht erfolgt sei.**

Das Gewerbegericht hatte sich dann noch mit einer zweiten Streitsache derselben Gewerkschaft zu befassen. In diesem Falle hatte die Grubenleitung vier Arbeiter, die mit einer außergewöhnlich schweren Arbeit an einer schlammigen und nassen Arbeitsstelle beschäftigt waren und ihre Tagesleistung vollbracht hatten, gleichfalls **fristlos entlassen, weil sie sich körperlich außerstande erklärten noch eine weitere Arbeit auszuführen.** Sie hatten ihre Arbeitsstelle etwa zwei Stunden vor Schichtschluß verlassen und dies dem **Betriebsführer auch mitgeteilt.** Vor Gericht wurde festgestellt, daß einer der Entlassenen **infolge der schweren Arbeit eitrige Hände bekommen hatte,** aber auch die übrigen drei Arbeiter mußten sich **die Hände verbinden lassen. Die Grubenleitung forderte die Weiterarbeit ohne Rücksicht auf die körperliche Beschaffenheit der Entlassenen.** Später hat die Direktion drei Arbeiter wieder eingestellt, ihnen Arbeit aber nur unter der Voraussetzung anweisen lassen wollen, daß der Betriebsrat zur Entlassung des vierten Arbeiters, der Mitglied des Betriebsrates war, seine Zustimmung gäbe. Für den Fall der Zustimmung sollte dieser Entlassene sogar noch 75 Mark extra bekommen. Der Betriebsrat lehnte dieses unerhörte Ansinnen ab und damit kam die die Sache vor das Arbeitsgericht. Dort wurde das Verfahren ausgesetzt, um im Feststellungsverfahren ein Urteil über die Berechtigung der fristlosen Entlassung herbeizuführen.

In zwei Terminen versuchte die Direktion hartnäckig, ihren Willen durchzusetzen. Wieder wie im ersten Prozeß machte sie geltend, **daß ihre Werke nur unter strenger Disziplin und unbedingtem Gehorsam der Arbeiter bestehen könnten.** Von der Vertretung der Arbeiter wurde betont, **daß es der Direktion nur darauf ankäme, das Betriebsratsmitglied los zu werden.** Das Gericht schloß sich der Auffassung des Vertreters vom Bergarbeiterverband an und entschied: **Der Klageantrag, daß die Entlassung zu Recht erfolgt ist, wird abgelehnt.**

Damit ist also ausdrücklich festgestellt, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt ist. Für die Bergarbeiter mögen diese Vorgänge eine Warnung sein. Würden sie restlos organisiert sein, dann könnten die Direktoren es nicht wagen, so wie hier, Schindluder mit den Bergarbeitern zu treiben.

Köstliche Stunden.

Bei den englischen Bergarbeitersängern.

Die am Sonntagvormittag zum „Volkspark" eilten, um an der Begrüßung der englischen Bergarbeiterdelegation teilzunehmen, haben dort einige Stunden reinster Freude und innigster Verbundenheit mit den bewundernswürdig kämpfenden englischen Bergarbeitern erlebt. Und noch mehr: eine Ueberraschung. Sind das wirklich einfache Arbeiter, die hart arbeiten mußten und die jetzt kämpfen müssen um die Erhaltung einer erträglichen Lebenslage? Ihre Arbeitshände sagen Ja und die charakteristischen Merkmale der Bergarbeiter bestätigen es. Aber wenn sie dort oben auf der Bühne stehen, dann beginnt der Zweifel. „Das sind keine in schwerer Fron arbeitenden Menschen, das sind Künstler, das sind berufsmäßig ausgebildete Sänger!" So hört man sagen...

Und doch ist es an dem, daß hier Mitglieder eines Bergarbeitergesangvereins in Aberdare (Südwales) auf einer Rundreise durch Deutschland begriffen sind, um mit ihrer begnadeten Stimme Geldspenden zu erwirken, damit der Hunger aus den Wohnungen der englischen Bergarbeiterfamilien vertrieben wird. Das englische Frauenkomitee in London, das sich zur Erfüllung dieser Aufgabe gebildet hat, empfiehlt den deutschen Gewerkschaften die Unterstützung dieser Konzertreise, und selbstverständlich wird diese Unterstützung überall gern zugesagt, um so mehr, als es überall bekannt wird, daß mit dem Solidaritätsakt auch eine Entgegennahme hochwertig musikalischer Genüsse verbunden ist.

Darüber, daß die zwölf Engländer Erstaunliches bieten, herrschte gestern im „Volkspark" wohl nur eine Meinung. Der kleine Chor brachte eine Anzahl Lieder, teils ernsten, teils heiteren Charakters mit so gutgeschulten Stimmmitteln und sauberer Technik zum Vortrag, daß brausende Beifallsstürme ihre Anerkennung dafür zum Ausdruck brachten. An einigen Solisten — Tenor, Bariton und Baß — konnte man noch klarer erkennen, welch wertvolles Material den Sängern in der Kehle sitzt. Auch sie errangen sich den wohlverdienten Beifall.

Eingeleitet wurde die Feierstunde mit einem vom hallischen Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor zum Vortrag gebrachten Kampflied, dem dann das vom Arbeitersängerchor Halle gesungene Uthmannsche Lied „Ich warte dein" folgte. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kartellvorsitzenden Genossen Sorgenfrei, der im Auftrage der hallischen Gewerkschaften die englischen Gäste willkommen hieß, wurden die Rollen vertauscht, und die gutbesuchte Versammlung fühlte sich nun als Gast der Engländer, die dann mit geistigen Genüssen ziemlich verschwenderisch aufwarteten. Zwischendurch gab der sie begleitende Genosse Otto Schumann (Mannheim), der der englischen Sprache mächtig ist und neben dem die deutsche Sprache beherrschenden englischen Genossen Read die Verständigung herbeiführt, einen Ueberblick über die englischen Bergarbeiterverhältnisse und die Ursachen des Riesenkampfes in England. Am Schluß des Programms überbrachte dann noch der Sekretär der IAH., Höcker, der englischen Delegation die Grüße seiner Organisation. Mit der vom Arbeitersängerchor sehr fein gesungenen „Internationale" schloß dann die imposante Veranstaltung.

Soweit diese Veranstaltung Unzufriedenheit hervorrief, richtete sich diese gegen jene, die sich zur Arbeitersschaft rechnen, aber nicht erschienen waren. Man hätte erwarten können, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt sein würde. Der Besuch war aber im Verhältnis zu anderen Kundgebungen, die der „Volkspark" schon gesehen hat, nicht befriedigend. Die hallischen Organisationen und die hallische Arbeiterschaft sollten sich endlich wieder einmal daran erinnern, daß alles andere dem höheren Zweck unterzuordnen ist. Wenn wir uns verpflichtet halten, dies als Ausdruck der Meinung aller Teilnehmer der gestrigen Veranstaltung zum Ausdruck zu bringen, so geben wir doch der Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, eine nennenswerte Summe durch Eintrittsgelder und den Erlös aus verkauften Ansichtskarten und Andenken für die notleidenden Bergarbeiterfamilien in England zusammenzubringen. Hoffentlich gelingt es auch in den übrigen Orten Mitteldeutschlands, die nun von dem englischen Chor besucht werden. Unsere Glückwünsche begleiten ihn überall hin.

*

Heute abend in Ammendorf.

Heute, Montag, abend wird der englische Bergarbeiterchor im „Schützenhaus" in Ammendorf ein Konzert geben. Von der arbeitenden Bevölkerung Ammendorfs und Umgebung wird ein starker Besuch erwartet. Beginn um 8 Uhr.

Weitere Fortschritte

im Verschwiedenlassen von Juden

macht die „Hallesche Zeitung", deren fabelhaftes Zaubertalent wir vor Tagen kennzeichneten. Hatte sie damals einen Juden verschwinden lassen, so läßt sie **nunmehr die Juden in Massen verschwinden.** Denn, obwohl die Freitag-Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei eine einzige Judenhetze der übelsten und niedrigsten Art war, findet sich im Versammlungsbericht der „Saalischen Zeitung", dem offiziösen Organ der Völkisch-Deutschnationalen, **nicht ein einziges Mal das Wort Jude.** So erbärmlich ist dieses Blättchen, daß es nicht einmal einen objektiven Bericht von einer Versammlung zu geben wagt aus Furcht, dem eigenen Geldbeutel zu schaden. So etwas nennt man gemeinhin Gesinnungslumperei.

Auch die „Allgemeine Zeitung" wagt es mit Rücksicht auf ihre jüdischen Inserate nicht, einen objektiven Bericht von der im übrigen in Großformat aufgemachten Versammlung zu geben. Auch sie vermeidet ängstlich das Wort Jude und spricht statt dessen von Elementen, Ausländern usw. Feine Auffassung von Berichterstattung, die auch bei diesem Rechtsblatt herrscht!

Wir wußten es längst: „Geld stinkt nicht" ist die Parole der „Halleschen" wie der „Allgemeinen". Es ist also höchst überflüssig, daß diese jener ihren verschwundenen Juden zum Vorwurf macht. In Wahrheit ist die Sache die, daß eines der Blättchen so erbärmlich ist wie das andere und daß **beide um Judengeldes willen ihre Gesinnung verkaufen.**

Hinterbliebenenrente in der Angestelltenversicherung.

Das Gesetz vom 28. Juli 1925 hat die Wartezeit für die Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung vorübergehend verkürzt. Ist ein Antrag auf Hinterbliebenenrente nach dem 31. Dezember 1922 wegen Nichterfüllung der bisher längeren Wartezeit rechtskräftig abgewiesen worden, so ist auf Antrag von der Reichsversicherungsanstalt zu prüfen, ob, unter Berücksichtigung der verkürzten Wartezeit (60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht), nunmehr Hinterbliebenenrente zu gewähren ist. Der Antrag auf Nachprüfung kann nur bis zum Schlusse des Jahres 1926 gestellt werden. Die Reichsversicherungsanstalt hat, so weit sie die seinerzeit abgelehnten Anträge ermitteln konnte, die hiernach Berechtigten durch besonderes Schreiben auf die Notwendigkeit hingewiesen, den neuen Antrag zu stellen. Da die Frist binnen kurzem abläuft, wird etwa noch vorhandenen Berechtigten empfohlen, unverzüglich den Antrag zu stellen.

Genossenschaftliche Schadenversicherung.

Die Zeitungen berichteten kürzlich von den Stürmen, die auch in einigen Teilen Deutschlands verheerend gewütet haben. Die an Gebäuden angerichteten Schäden sollen hohe Verlustzahlen erreichen. Bei diesen Stürmen wurden teils Häuser umgeweht, Dächer abgehoben und Inneneinrichtungen vernichtet. Soweit rechtzeitig für Versicherungsschutz gegen Sturmschäden gesorgt worden war, konnten schlimmste Wirkungen von dem Besitzer der zerstörten Objekte ferngehalten werden, anders stand es dagegen mit denjenigen, die ohne Versicherung waren. Sie hatten den Verlust selbst zu tragen oder fielen der Allgemeinheit zur Last. Das ist natürlich unerquicklich, und mancher hätte gewünscht, bei Zeiten auf die Sturmschadenversicherung aufmerksam gemacht worden zu sein. Durch Stürme leiden vor allem die weniger stabil gebauten Häuser der zumeist Minderbemittelten. Der Siedler, der Eigenheimbesitzer sollte die Möglichkeit, sich auch gegen Sturmschäden zu versichern, nicht entgehen lassen. Die in den Händen der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, liegende genossenschaftliche Versicherungsorganisation hat auch die Sturmschadenversicherung aufgenommen. Die Prämie ist mäßig. Kein Hausschenbesitzer sollte daher versäumen, außer gegen Feuergefahr auch gegen Sturmschäden zu versichern. Bei der Versicherungsabteilung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg kann man alles Nähere über diesen Versicherungszweig erfahren.

*

Feuerschäden. Im Jahre 1925 sind der deutschen Volkswirtschaft 420 Millionen Mark durch Feuer verloren gegangen. Das sind 35 Millionen im Monat, 48 600 Mark in der Stunde. Der vorsichtige Hausvater lernt daraus und versichert sein Haus und seinen Hausrat gegen Feuer. Und wo? — Natürlich bei der „Volksfürsorge" in Hamburg, die überall ihre Vertreter hat und mit den Konsumvereinen zusammenarbeitet.

Rentenzahlung bei der Post: Die Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten für Dezember findet beim Postamt Thielenstraße 2 wie folgt statt: am 1. Dezember für die Nr. 1 bis 5000, am 2. Dezember für die Nr. 5001 bis Schluß. Zahlzeit von 1. bis einschließlich 6. Dezember von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, ab 7. von 8—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags.

Volkshochschule. Am Mittwoch, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr (nicht wie irrtümlicherweise im Arbeitsplane angegeben ist, 9 Uhr), spricht Dr Gustav Manz (Berlin) über „Wilhelm Raabe, der Mensch und sein Werk". Der bekannte Vortragende wird auch aus den Werken Raabes rezitieren. Der Vortrag findet im Hörsaal 17 der Universität statt.

Der „hervorragende" Stab. Am Sonnabend stürzte in der Leipziger Straße eine 50jährige Frau über einen „hervorragenden", abgebrochenen Stab eines Lichtschachtrostes, wobei sie sich Verletzungen im Gesicht zuzog. Sie wurde einem Arzt zugeführt.

Vom sonntäglichen Schlachtfeld. In der Nacht zum Sonntag zum Montag ereigneten sich mehrere Schlägereien, wobei in zwei Fällen das Ueberfallkommando alarmiert wurde. In einem Falle wurde ein Mann von einem anderen nach vorausgegangenem Streit mit einem Stock ins Gesicht geschlagen, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Besinnungslose wurde mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt. Der Täter flüchtete. — In einem anderen Falle versuchte ein angetrunkener Mann, der wegen Belästigung der Gäste aus einem Lokal gewiesen wurde, dort mit Gewalt wieder einzudringen, wobei er die Fensterscheiben einschlug. Nachdem er sich hierbei eine schwere Handverletzung zugezogen hatte, schlug er mit einem scharfen Gegenstand auf den Wirt ein und verletzte diesen an der Hand. Durch Polizeibeamte wurde der Streit geschlichtet und die Verletzten dem Krankenhause zugeführt. Im dritten Falle erlitt im Verlauf einer Schlägerei ein Mann eine leichte Verletzung am Kopf.

Aus dem Saalkreis.

Nietleben. Elternabend. Am Freitag fand im Lokal „Zur Sonne" ein von der Schule veranstalteter Elternabend statt. Eingeladen waren dazu die Eltern der Kinder, die Ostern aus der Schule entlassen werden. Der Saal war dicht besetzt. Nach Begrüßungsworten durch den Rektor und Darbietungen verschiedener Schulklassen ergriff der Berufsberater für den Saalkreis, Holzapfel (Halle), das Wort zu seinem Vortrag über Berufsberatung. Er stellte zunächst die zahlenmäßige Vielgestaltigkeit der Berufe heraus, wies dann auf die Wichtigkeit der Unterbringung in einem geeigneten Berufe hin und zeigte die Schwierigkeiten der Lehrstellenvermittlung im Saalkreise. Ferner gab er Auskunft über die Organisation der Berufsberatung und knüpfte daran den Wunsch, daß die Zusammenarbeit zwischen der Berufsberatungsstelle, der Schule und der Elternschaft gute Früchte zeitigen möge. Dieser hier natürlich nur kurz angedeutete, im übrigen aber sehr instruktive Vortrag fand allgemeinen Beifall. Nach ausgezeichneten Zwischenspielen sprach Herr Zimmermann (Halle) über „Kleinsparwesen". Manches von dem Gesagten war richtig und gut. Doch mit der in diesem Vortrag hervorgekehrten Tendenz sind wir ganz und gar nicht einverstanden. Die Schuldigen der heutigen Misere sind doch wo anders zu suchen. Dieser Vortrag war der einzige Mißklang in der sonst gut verlaufenen Veranstaltung. Dies Beispiel zeigt wieder einmal, wie vorsichtig die Veranstalter solcher Abende bei der Auswahl der Referenten sein sollten. Im allgemeinen hat die Veranstaltung vielleicht das erstemal seit langer Zeit einen gewissen Kontakt geschaffen zwischen den beiden an der Erziehung der Kinder beteiligten Hauptfaktoren, und sicher manches Vorurteil beseitigt. Der Erfolg sollte den Veranstaltern Mut machen, öfter an die Oeffentlichkeit, vor die Gesamt-Elternschaft, mit derartigen Vorführungen zu treten, damit das Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus im Sinne der Richtlinien für Elternbeiräte immer besser werde. Damit würde die Schule gleichzeitig das Andenken eines Mannes ehren, dem gerade diese Dinge sehr am Herzen gelegen haben und der während seiner Mitgliedschaft unendlich viel für Schule und Lehrerschaft geleistet hat: Konrad Haenisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0005

Das vergrößerte Leunawerk.

Drei neue Fabriken. — 6000 Bauarbeiter beschäftigt.

In dem Riesenunternehmen des Leunawerkes soll im nächsten Jahre ein neues Wunderwerk der Technik „zur wirtschaftlichen Auswertung kommen." Man baut dort eine Fabrik zur Verflüssigung von Braunkohle, ein Werk zur praktischen Auswertung der von Professor Bergius erfundenen Methode, Benzin aus Kohle zu gewinnen.

In einem Komplex von zwanzig Gebäuden — wenn man die drei riesigen Feuerungsanlagen als ein Gebäude rechnet — soll in Leuna die Braunkohle (der eigenen Bergwerke) bei großer Hitze und unter großem Luftdruck mit Wasserstoff zusammengebracht werden, so daß sich beide zu Benzin und anderen Leichtölen verbinden. Fünfzehn Riesenbehälter werden dieses „Hauptprodukt" und die Nebenerzeugnisse aufnehmen.

Diese Kohlenbeizinfabrik ist indessen nicht das einzige, was man in Leuna gegenwärtig baut. Man geht dort noch mit anderen großen Bauplänen um. Eine Kalksalpeterfabrik ist im Werden. Sie ist schon zu einem guten Teile fertig. Der Bau einer Mischdüngerfabrik ist ebenfalls beabsichtigt. Darüber ist zwar endgültig und unwiderruflich noch nicht entschieden; aber es ist so gut wie sicher, daß sie nach Leuna kommt. Ein Platz für sie ist bereits am Südende des Leunawerkes, zwischen Kohlenbenzin- und Kalksalpeterfabrik vorgesehen.

Das Bild des Leunawerkes vom Zuge aus wird durch die Neubauten nicht wesentlich verändert. Die dreizehn Schornsteine des Werkes werden keinen Zuwachs erhalten und seine 4 bis 5 Kilometer lange Fabrikfront wird nicht merklich an Ausdehnung zunehmen. Die gegenwärtige Ausweitung geht in die Breite, nicht in die Länge, und ist dem Blick des Fahrgastes entzogen durch die Gebäude des Ammoniakwerkes.

Den Umfang des gegenwärtigen Bauunternehmens beeinflußt dieser dritte Fabrikbauplan allerdings noch nicht. Die

rund hundert Baufirmen mit etwa 6000 Arbeitskräften,

die das Leunawerk erweitern, befassen sich leiglich mit dem Bau der gewaltigen Benzinfabrik, mit der Fertigstellung des etwas kleineren Kalksalpeterwerkes und mit der Ausführung einiger „Kleinigkeiten": z. B. mit der Errichtung eines Kühlturmes, eine „Quer-Gegenstrom-Kamin-Kühlers" von 45 Metern Höhe, der aus Eisenbeton erbaut wird, während die älteren Kühltürme aus Holz hergestellt zu werden pflegten. Oder mit der Erweiterung der Kompressorenanlage des Leunawerkes um zwei Gasbehälter von je über 50 000 Kubikmetern Fassungsvermögen.

Mehr als all diese Arbeiten machte die schwierige Frage der Unterbringung der Tausende Bauarbeiter und Baubeamten dem Werk zu schaffen. Der Personalbestand des Leunawerkes ist durch die Bautätigkeit von rund 14 500 auf 21 000 heraufgeschnellt. Er wird in einem halben Jahre mit über 22 000 seinen Höchststand erreichen.

Den größten Teil dieses Zuwachses stellen natürlich Arbeitslose aus Halle, Merseburg, Ammendorf und anderen Orten der Umgebung, deren Arbeitsmarkt dadurch sühlbar erleichtert werden konnte. Für diese Mannschaften brauchten nicht erst besondere Wohn- und Schlafräume beschafft werden. Immerhin mußten außerdem 1500 bis 2000 Ortsfremde herangezogen werden. Für ihre Unterbringung plante man ursprünglich die Anlage einer Barackenstadt dicht am Leunawerk, wie man das schon vor Jahren einmal getan hatte. Man gab diese Absicht aber wieder auf und mietete lieber für 1100 Mann Restaurationssäle in der ganzen Umgebung. Die Ausrüstung für diese Säle, in denen je zehn bis höchstens fünfzig Mann untergebracht sind, Betten, Schränke usw. lieferte das Leunawerk. Die Arbeiter haben auf diese Weise wesentlich mehr Bewegungsfreiheit, als sie im Barackenlager haben könnten. Ob sie aus den Mannschaftsküchen des Leunawerkes oder von ihren Quartiergebern verpflegt werden wollen, ist ihnen freigestellt.

Die durch den Wegfall des Barackenlagers ersparten Summen hat das Leunawerk zum Bau von 150 neuen Werkswohnungen bestimmt, die mit größter Beschleunigung erbaut werden und deren größter Teil Mitte Dezember beziehbar sein soll.

Unterstützt die englischen Bergarbeiter!

Der „Aberdare Miner Choir" (das ist ein vorzüglich geschulter englischer Bergarbeitersängerchor) veranstaltet am Mittwoch, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" in Delitzsch ein Konzert. Der Ueberschuß wird zur Unterstützung der Frauen und Kinder der im Streik stehenden englischen Bergarbeiter verwandt. Der Bezirkssängerchor (Arbeiter-Sängerbund) des Bezirks Delitzsch wirkt außerdem mit. Der die englische Delegation begleitende Dolmetscher wird kurz über die Lage der in Streik stehenden englischen Bergarbeiter berichten.

Sorgt für ein volles Haus! **Das Gewerkschaftskartell.**

Kelbra. Eine Polizeiverordnung! Am Sonnabend hat Herr Gath verordnet, daß in Zukunft an den städtischen Anschlagstafeln nur noch die Bekanntmachungen des Magistrats, der Geschäftswelt und der unpolitischen Vereine angebracht werden, wogegen die Bekanntmachungen solcher Parteien, Vereine und Verbände, die eine bestimmte politische Richtung vertreten, nicht mehr veröffentlicht werden. Auf dem ersten Blick sieht man hieraus, daß es sich um eine Maßnahme handelt, die sich in der Praxis nur gegen links auswirken wird. Wir sühlen diese Verordnung auf einen Vorstoß des Oberpfarrers Greiner zurück, der höchstwahrscheinlich an dem Plakat der Freidenker, auf dem zu lesen stand: „Gott ist tot, aber die Gemeinschaft lebt", Anstoß genommen hat. Herr Greiner war bekanntlich ein heftiger Gegner des katholischen Bürgermeisters, und so hat Herr Gath jedenfalls die Angelegenheit zur Versöhnung mit seinem Gegner benutzt, wie man sieht, auf Kosten der Arbeiterschaft. Wir sind aber der Meinung, daß die Polizeiverordnung gar nicht zulässig ist; denn die Plakattafeln sind doch dasselbe wie die Litfaßsäulen der Großstädte. Falls die Verordnung dennoch zulässig wäre, dann hätte Kelbra jedenfalls den Ruhm, an der Spitze des Muckertums zu marschieren. Wir fragen hiermit Herrn Bürgermeister Gath höflichst um Rat, wo die unter den Ausnahmeustand fallenden Organisationen ihre Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen bekanntmachen sollen, da bekanntlich laut Polizeiverordnung das Ankleben von Plakaten an Häusern, Mauern, Toren, Lichtmasten, kurz überall, verboten ist. Außerdem wäre uns lieb, wenn Herr Gath eine Liste derjenigen Vereine veröffentlichen würde, die er zu den „politischen" rechnet.

Delitzsch. Jungdo contra Stahlhelm. „Was uns eint", hieß das Thema der neulich von der hiesigen nationalen Arbeitsgemeinschaft einberufenen Versammlung. Skeptiker standen von vornherein auf dem Standpunkt, daß es nicht viel Einigendes gebe. Der Vorstoß des Delitzscher Stahlhelms gegen den Jungdo, bezw. gegen Mahraun, bestätigte diese Auffassung. Wenn der Stahlhelm in seiner damaligen Entschließung die Hoffnung aussprach, daß sich das „bedauerliche gute Einvernehmen" zwischen beiden Organisationen trotzdem nicht ändern werde, sieht er sich jetzt arg getäuscht. Die „Delitzscher Zeitung" berichtet über eine Führersitzung des Jungdos, in der mit Befremden von der Entschließung des Stahlhelms Kenntnis genommen wurde. Die Führer beschlossen als eine Maßnahme den Austritt aus der nationalen Arbeitsgemeinschaft. Frisch ist nun die „Einigkeit". Der Stahlhelm hat gewirkt wie der bekannte Elefant im Porzellanladen. Die Unrichtigkeit seiner Parole: In der Korsche liegt die Kraft, hat sich erneut offenbart. Offiziell hat der Jungdo noch nicht seiner Stellung genommen. Im Landbund findet sich aber die Erklärung eines Jungdeutschen, die wohl als offiziöse zu werten ist. Darin wird zunächst Mahraun in Schutz genommen. „Im übrigen bäte man sich", heißt es da, „auch Mahraun ist ein gut deutscher Mann". Seine Haltung sei nicht etwa wie man im Stahlhelm es versuche darzustellen, „eine — Verräterei an der vaterländischen Sache". Sie bedeute vielmehr die Verwirklichung des „Bundesgedankens", der dazu helfen wolle, alle Deutschen, ausgenommen die Kommunisten, als Brüder zusammenzufassen. Dazu gehöre auch der Reichsbannermann, der „keineswegs — was auch der Deutscher Stahlhelmführer in der Entschließung sagen möge — zu den international eingestellten Verbänden gehöre. Vielmehr und ganz entschieden ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine nationale Vereinigung". Armer Jungdo in Delitzsch! Nun bist du gelistet, wenn im Stahlhelm diese Worte bekannt werden. Nur gut, daß der Austritt aus der nationalen Arbeitsgemeinschaft schon vor der Delfentlichkeit erklärt ist, sonst würde der Stahlhelm nach bewährtem Muster den Ausschluß bekanntgeben, wie er bei einigen seiner ehemaligen Mitsieder tat. Diese halten sich wegen des durch den Stahlhelm ausgeübten wirtschaftlichen Terrors abgemeldet. In dem Bericht des Stahlhelms wurde diese Tatsache so gestaltet, als ob sie genannen worden wären. Alte ehrliche Klopprothe — nein — Stahlhelmleute können auch Verdrehungen benutzen. Jesuitenmoral wird, wenn angebracht, von ihnen gern gebraucht. Man darf gespannt sein, wie das Rencontre noch enden wird.

Eilenburg. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am gestrigen Sonntag eine Werbeveranstaltung, welche Zeuonis ablegte von dem republikanischen Geist, der in Eilenburgs Mauern herrscht. Der Werbeumzug am Nachmittag wies eine starke Beteiligung auf. Die Nachbargruppen Delitzsch, Düben und Torgau waren mit ihren Fahnen erschienen. Die Delitzscher hatten auch ihren Spielmannszug mitgebracht. Der Umzug bewegte sich von der Berufsschule zum Marktplatz, auf dem Rektor Tschanter markante Worte an die Republikaner und Bürger Eilenburgs, welche in großer Zahl den Platz umsäumten, richtete. Anschließend bewegte sich der Umzug nach Eilenburg-Ost und dann zurück nach der „Stadthalle". Der große Saal war sehr gut besetzt und nahm mit großem Beifall das Referat des Reichstagsabgeordneten Krüger (Merseburg) auf, der über den Artikel 1 der Verfassung sprach. Die eindrucksvolle Werbeveranstaltung wird dem Reichsbanner bestimmt eine Anzahl neuer Mitglieder zuführen.

Schweinitz. Parteibewegung. Unsere letzte Mitgliederversammlung war gut besucht. Eingehend wurde von dem Reichsbanner, das vor kurzem auch hier eine Ortsgruppe gründete, gesprochen. Sämtliche anwesenden Parteimitglieder beschlossen, dem Reichsbanner beizutreten. Sodann wurde die Genossinn Rothe zum Schriftführer und Genosse Trieß zum Stellvertreter gewählt. Genosse Hagen junior besprach das Arbeitslosenproblem. Die Haltung der Reichstagsfraktion in dieser Frage wurde gut geheißen.

Bockwitz. Freidenkerversammlung. Der von der Gemeinschaft proletarischer Freidenker veranstaltete Vortragsabend am Donnerstag erfreute sich eines guten Besuchs. Alle die gekommen waren, brauchten es nicht bereuen. Der frühere Franziskanermönch Hans Amon verstand es in ausgezeichneter Weise, die Versammlung zu fesseln. Seine Ausführungen waren von großer Sachlichkeit und haarscharfer Logik und brachten allen etwas. Seine Angriffe richteten sich nicht gegen die Geistlichen als solche, sondern gegen die Staatskirche. Von den hiesigen Pfarrern war, wie zu erwarten, niemand erschienen. Sie können froh sein, denn solchen logischen, scharfen Auseinandersetzungen wären sie nicht gewachsen gewesen. Wir sind überzeugt, daß der Abend ein großer Erfolg für die Freidenkerbewegung gewesen ist.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 29. November 1926.

Aus dem Stadtparlament.

Recht interessante Auseinandersetzungen gab es in der letzten Stadtverordnetensitzung. Nachdem wieder einmal ein neuer Kommunistischer Stadtverordneter eingeführt und einige Ersatzwahlen vorgenommen waren, kam für alle Vertreter der „Bürgerschaft" der große Moment der Sitzung. Der Stadtv. Stoebe begründete den Antrag des Magistrats auf Nichterhebung der Gewerbesteuer für das letzte Vierteljahr von 1926. Mit schmunzelndem Gesicht rechneten die „interessierten" Stadtverordneten bereits

Sämtliche Büro-Bedarfsartikel
Fernsprecher 2874 2 **Otto Jacobs** Fernsprecher 2874 2

Kinderwagenreifen, Klappern, Schutzgürtel, Gummi-Spielwaren Gummi-Bieder, Halle a. S., Große Steinstraße 81

Indizien

Eine Kriminalnovelle von **Paul Garbe.**

8 **(Nachdruck verboten.)**

Sally Levinstein aber, der „Aus-den-Tag-für-den-Tag"-Berichterstatter der „Welt um Mitternacht" hob seine Kamera, ließ das Blitzlicht aufflammen, drängte sich vom Platz, warf sich in das nächste Auto und schrieb — nein, dichtete, nein, komponierte das Epos, das die erste Seite der „Welt um Mitternacht" füllen sollte. Mit Bild und fetteisten Plakatlettern. Ungefähr so: „Razzia im Park des Ostens. Langgesuchte Schwerverbrecher werden gefangen!" Das war eine Sache, das Blatt ging wie warme Semmel ab morgen im Straßenverkauf!

Die „Welt um Mitternacht" wurde überall da gelesen, wo man von der Republik mit ihrem Reichstag und der Politik überhaupt nichts wissen, wo man was Herzhaftes haben wollte. So kam sie sogar bis Klein-Lillebitt, wo der Ortsschulze jeden Tag mit innigstem Behagen ihre Mordsgeschichten verschlang, und das Kräftigste seinem Freund, dem Gemeindediener, vorlas. Das war ein Fressen, diese „Razzia im Park des Osten". Ja, ja, die Großstadt, Sodom und Gomorra in eins, Mord, Brand und Diebstahl.

Der Ortsschulze schob nach beendeter Vorlesung die Brille auf die Stirn und sah, hochrot im Gesicht vor Erregung, den Gemeindediener an. „Donnerwetter, wenn wir mal so ein paar Schwerverbrecher erwischten!"

Der Geist der heiligen Pflicht war über den Schulzen gekommen. Er brüllte nach seiner Tochter:

„Die Amtsblätter."

Er bekam sie, einen ganzen Stapel, zum größten Teil noch im Kuvert, wenn sie auch schon vier Wochen angekommen waren. Und zwei deutsche Männer steckten die Köpfe zusammen und vertieften sich in die Steckbriefe. Da sollte noch jemand sagen, daß der Ortsschulze von Klein-Lillebitt seine Pflicht nicht kannte!

Ein Mädchenkopf versuchte, sich zu den Männerköpfen zu gesellen.

„Dumme Deern, hab' ich dir nicht oft genug gesagt, du sollst dich rausscheren, wenn wir Amtssachen behandeln?"

Zögernd und schmollend bewegte sich das Töchterchen zur Tür. Dort aber drehte sie sich um und trotzte auf: „Ich wolle dem Papa nur sagen, daß es mit den beiden Burschen, die bei Pflüger Kartoffeln auslesen, auch nicht richtig ist. Ganz abgerissen sind sie, und ein schlechtes Gewissen haben sie, ganz bestimmt. Ich hab's schon lange gemerkt. Aber, wenn man mich rausschmeißt..."

„Raus! Was verstehst du davon, dummes Ding."

Sie wußte, nun mußte sie gehen, da war nichts zu machen. Aber im übrigen — wozu war denn eine Tür da, wenn nicht, um daran zu kochen.

Als sie gegangen, suchten Schulze und Gemeindediener desto eifriger nach Steckbriefen junger Burschen. Wer sucht, der findet. So auch hier.

Wuchtig fiel der Finger des Schulzen auf zwei Bilder: Gottschalk, was ist das?"

Gottschalk buchstabierte: „Hans Krüger, E—gon. Raubmordverdacht?" Er sah auf die Photographien. Sein Atem ging schwer: „Herr Ortsschulze, das sind ja — —"

„Ja, Gottschalk, ja. Das habe ich schon lange gemerkt, daß sie ein schlechtes Gewissen haben, die beiden, die bei Pflüger Kartoffeln auslesen."

„Aber Raubmörder, Herr Schulze?"

„Ja, Raubmörder. Meinst du, ich gebe mich mit Kleinigkeiten ab?"

Der Schulze reckte seine massige Gestalt, streckte zwei Finger zwischen die oberen Westenknöpfe und blickte auf den Gemeindediener von oben herab, jeder Zoll ein Bismarck, Napoleon oder Puttkamer.

„Ja, Gottschalk. Zieh — ziehen Sie Ihre Uniform an, vergiß, vergessen Sie nicht Säbel und Revolver."

Der Ortsschulze wollte immer königlicher werden, darum bemühte er sich „Sie" zum Gemeindediener zu sagen, was er nur bei allerofficiellsten Gelegenheiten tat. Aber er wurde immer erregter, darum verschnappte er sich in einem fort zum „Du" hin. Beinahe hätte er auch wieder nach seiner Tochter gebrüllt, aber im letzten Augenblick besann er sich darauf, was er dieser tatschwangeren Stunde schuldig sei. Er winkte gebieterisch nach der Gemeinderatsklingel. Gottschalk reichte sie ihm, und während der Schulze kraftvoll, imposant die Klingel schwang, schlug er die Hacken zusammen und entfernte sich, den dienstlichen Dienstrock überzuziehen, Säbel und Revolver nicht zu vergessen.

Die Tochter kam.

„Meinen Amtsrock", befahl der Vater.

Die Tochter ging und vergaß nicht, unterwegs in Mutters Schlafstube zu springen und Mama davon zu benachrichtigen, daß Vater zwei vielfache Raubmörder ausheben werde. Mama aber, die schon zu Bett gelegen hatte, war so schnell wie möglich wieder draußen und eilte, den Pelzmantel über den Unterrock geschlagen, zur Schulmeistersfrau nebenan (die auch wieder gute Freundinnen hatte).

So kam es, daß eine ganze Karawane zum Bauer Pflüger zog. Voran der Ortsschulze, die Hand fest auf den Sonntagsstock gestützt. Hinter ihm der Gemeindediener. Revolver umgeschnallt, Säbel gezogen.

Im Schutz der Zäune, fünf Schritte dahinter die Tochter, ein Umschlagetuch um den vor Neugier fiebernden Kopf geschlagen. Sechs Schritte entfernt Mama, die halblaut dem Töchterchen versicherte, daß es im Begriff sei, sich ins größte Unglück zu stürzen, daß es sein junges Leben gottlos leichtsinnig aufs Spiel setze. Einen Schritt weiter zurück die Schulzenfrau angstvoll zurückhaltend, die Schulmeistersgattin. Und von Tür zu Tür gliederte sich ein Mann — manchmal mit Dreschflegel oder Mistgabel — oder eine verschlafene Frau der mutigen Gruppe an.

Der Gemeindediener hatte es einmal bis zum Sergeanten gebracht, er riet, das Gehöft Pflüger taktisch einzukreisen. Der Ortsschulze war Trainleutnant der Landwehr gewesen, infolgedessen entschied er sich aber für sofortigen Sturmangriff, rief seine Tochter und fragte, wo die Bennels schliefen. Auch wußte die so überaus gescheite und siebzehnjährige Jungfrau

aus gesundestem, tiefem Jugendschlaf gerissen, das ganze Dorf auf den Beinen, die „Krug"-Gaststube hell. In ihr der Dorfschulze, würdig, gemächlich, von seiner Herde bestaunt, ein großes Glas Lagerbier trinkend, während vor dem Spritzenhaus Gottschalk, der Getreue, mit gezogenem Säbel zwei Jungen bewachte. Der Lehrer aber, der die Post- und Telegraphenagentur Klein-Lillebitts besorgte, telegraphierte noch in derselben Nacht den Schlachtbericht zur großen Stadt.

*

Im Heim des Schlossers Krüger sah es traurig und düster aus. Mutter Krüger konnte stundenlang still auf einem Stuhl sitzen und vor sich hinstarren, die Hände in Ratlosigkeit ineinander verkrampfend. Krüger, der arbeitslos geworden war, hockte halbe Tage im Keller und räumte auf, reparierte die unmöglichsten Dinge. Es war keine Arbeit aus Freude an ihr, ihr Ertrag war ebenfalls gleich null, aber sie leistete das eine: sie betäubte ihn, half die Zeit herumbringen.

Die bittere Zeit, die mit jedem Stundenschlag ihm sang: er sitzt, er sitzt. Sein Sohn unter Anklage des Raubmordes. Daß noch keine Anklage erhoben war, daß die beiden Burschen noch in Untersuchungshaft saßen, machte die Sache nicht lichter im Gegenteil, vergrößerte die Spannung bis zur Unerträglichkeit.

Die Vernehmungen, denen die beiden Krügers unterworfen gewesen waren, noch bevor man die Jungens gefaßt hatte, waren auch nicht dazu angetan gewesen, ihnen Hoffnung zu geben. Einmal hatte sie ein jüngerer Kriminalbeamter gelangweilt und verletzend unbeteiligt abgehört, das andere Mal Gräßberg, der unverhohlen seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß ihr Junge der Mörder sei, und Fragen stellte, die in aufreizender Weise darauf hinzielten, daß die Eltern zum mindesten das Verbrechen ihres Sohnes hatten decken wollen. Nur mit Aufbietung seiner ganzen Willensstärke hatte Krüger sich soweit beherrschen können, daß es nicht zu einem Krach im Polizeilokal kam. Seitdem sie aber von der Verhaftung Gustavs, des Matrosen, Egons und ihres Hans gelesen hatten, ahnten sie das Schlimmste.

Krüger hatte schließlich seinen Sohn besuchen dürfen. Er hatte sich zuerst heimlich an die Gefängnisbehörde gewandt. Er wollte seinen Sohn sprechen, ohne daß die Mutter davon wußte, er fürchtete, sie würde mit ihm wollen, ihren Sohn zu sehen, wenn sie erfuhr, daß er zu ihm gelassen wurde. Und er zweifelte, daß sie das ertragen würde. So war er allein gegangen, als er die Erlaubnis erhielt. Und es war schlimm gewesen.

Der Gefängniskomplex, die Art, wie die Besuchenden empfangen wurden, das alles war so brutal, so unbarmherzig, daß es nur von stärksten Nerven getragen werden konnte. Der Eingang durch das schwere doppelte Tor in den haushohen rotbraunen Mauern, die grau getünchte kahle Pförtnerstube, der dunkle Korridor, durch den ein Wächter mit brutal rasselnden Schlüsseln voraus schritt, und dann das „Sprechzimmer" — alles roch gewissermaßen nach längst Verurteilten, aus der menschlichen Gesellschaft Ausgestoßenen.

Das Besuchszimmer war ein weißgetünchter, vergilbter und angegrauter Raum, durch dessen Mitte ein schwarzes, starkmaschiges Eisengitter ging. Ein Tisch, dessen Platte vom Gitter durchschnitten wurde, lief von Wand zu Wand wie das Gitter. Trat man in diesen unheimlichen Raum hinein, so sah man sich gegenüber eines ebenfalls von schweren Eisengittern gesicherten Fensters. Zur Rechten den groben Tisch und ein paar Schemel.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0006

den auf sie entfallenden Vorteil heraus. Kein einziger der Stadtväter „von der rechten Seite" hat irgendetwas zu sagen. Die Genossen **Kämpf** und **Krüger** sprachen gegen den Antrag. Erst vor drei Wochen habe die Stadtverordnetenversammlung gegen die Linke beschlossen, den Mehrertrag der städtischen Werke im Höhe von 100 000 Mk. der Kämmereikasse zuzuführen. Der Oberbürgermeister begründete damals den Antrag damit, daß sonst ein Defizit im Etat eintreten würde. In der Sitzung vom vergangenen Montag erklärte der Oberbürgermeister, daß ihm auch schon in der damaligen Sitzung bekannt gewesen sei, daß ein erheblicher Ueberschuß aus der Gewerbesteuer entstehen würde, er aber über die genaue Höhe noch nichts Bestimmtes gewußt habe. Durch diese Erklärung hat der Oberbürgermeister klar bewiesen, daß er die Stadtverordnetenversammlung durch die damalige Angabe, es entstehe ein Fehlbetrag im Etat, wenn die 100 000 Mk. nicht der Kämmereikasse zufließen würde, die Unwahrheit gesagt hat.

Der Antrag des Gesamtbetriebsrats der städtischen Werke, den städtischen Arbeitern und Angestellten eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 100 Mk. für Verheiratete und 75 Mk. für Ledige aus den erzielten Ueberschüssen zu zahlen, wurde genau so mit allen Stimmen der „Bürgerlichen" abgelehnt, wie der Antrag des Genossen Krüger, den Magistratsantrag abzulehnen und den Mehrertrag der Steuer zum Bau von Wohnhäusern zu verwenden.

Die Errichtung einer zweiten Konrektorstelle an der Mittelschule sowie die Errichtung einer Bedürfnisanstalt am städtischen Friedhof und die Beteiligung der Stadt an der zu gründenden Aktiengesellschaft zum Bau der Bahn Zöschen—Leipzig wurde beschlossen. Zur Sitzung des Unterverbandes des Reichsstädtebundes für die Provinz Sachsen am 4. Dezember wurden der Stadtverordnetenvorsteher und der Genosse **Kämpf** gewählt.

Das **Heimatmuseum auf dem Kloster** hat eine weitvolle Bereicherung dadurch erfahren, daß ihm ein auf einem Acker in Corbetha gefundenes gut erhaltenes Steinitzenegrab geschenkt wurde. Das Skelett liegt in Hockerstellung im Grabe. Man schätzt das Alter desselben auf 4000 Jahre und hofft an der Fundstelle noch weitere Zeugen aus grauer Vorzeit bergen zu können.

Türrenberg. Achtet auf Eure Kinder! In Balotitz riß ein kleines Mädchen im Vorbeigehen einen Topf mit kochendem Wasser vom Herde, wobei das Kind dermaßen verbrüht wurde, daß es in das Krankenhaus überführt werden mußte.

Roßleben. Am goldenen Hochzeitstage gestorben. In Roßleben beging das Karl Stolzesche Ehepaar die goldene Hochzeit. Die Einsegnung fand am Krankenbette des Jubelbräutigam statt, der kurze Zeit darauf verschied.

Hersfeld. In die Trommel der Dreschmaschine geraten und getötet. Der zehnjährige Sohn des Landwirts Adam Maus in Mecklar fiel in die Trommel der im Betrieb befindlichen Dreschmaschine. Der Junge konnte nur als Leiche aus der Maschine herausgeholt werden.

Bilzingsleben. Bei der Feldarbeit getötet. Tot auf dem Felde aufgefunden wurde der 19jährige Sohn der Witwe Dittmann. Er war mit einem Jauchengeschirr aufs Feld gefahren und man nimmt an, daß er beim Oeffnen des Jauchenfasses von oben herabgerutscht und sich beim Sturz das Genick gebrochen hat.

Rundfunk.

1. Stiftungsfest des ARK. Halle.

Im vollbesetzten „Volkspark"-Saal konnte am Sonnabendabend die Ortsgruppe Halle des **Arbeiter-Radioklubs** ihr erstes Stiftungsfest begehen. Es brachte im ersten Teil ein vorzügliches Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters (Leipziger Symphonie-Orchester) unter der taktficheren Leitung seines Dirigenten **Hilmar Weber**, der mehrfach mit Blumen bedacht wurde. Die zu Gehör gebrachten Stücke, darunter Beethovens „Leonoren"-Ouvertüre Nr. 3 und die „Tannhäuser"- und „Tiefen"-Ouvertüren, vermittelten das gute Können des Orchesters, das den Rundfunkhörern ja bereits zur Genüge bekannt ist. Während des Konzertes ergriff der Leiter der Ortsgruppe, **Genosse Dr. Jäser (Leipzig)**, das Wort, wobei er dem ARK. seine Glückwünsche übermittelte und seiner Freude über die gute Entwicklung der Organisation Ausdruck gab, seinen Hörern vor einem Jahre Ausdruck gab. Es sei das der beste Beweis dafür, wie sehr der Rundfunk in der Lage ist, der Arbeiterschaft viel zu bieten. Durch den Rundfunk, der keinen Unterschied mache zwischen arm und reich, werde den Arbeitern Kunst und Wissenschaft erschlossen. Nachdem er nun weitere Mitarbeit gebeten hatte, brachte er ein dreifaches Hoch auf die Ortsgruppe aus. Als zweiter Redner sprach **Reichstagsabgeordneter Franz Peters.**

Auch er hob die Erfolge der jungen Organisation unter Leitung ihres umsichtigen Vorsitzenden hervor. Die Mitglieder des ARK. könnten mit gutem Recht und mit Stolz von sich sagen, daß sie an der Fortentwicklung der Kultur in stärkstem Maße mitwirkten. Der Rundfunk sei unbestreitbar ein ungeheurer kultureller Fortschritt. Nicht mit Unrecht könne man ihn als eine tiefgreifende Revolution im Kulturleben der Völker bezeichnen. Die Arbeiterschaft hat den stärksten Anteil an der Entwicklung des Rundfunks, die meisten Hörer sind Arbeiter. Das berechtige sie zu dem Verlangen nach mehr Einfluß auf die Programmgestaltung, denn der Rundfunk diene leider noch bis heute in erster Linie den Interessen einer kleinen Schicht. Der Leipziger Sender habe allerdings in dieser Beziehungen eine Umstellung vorgenommen, aber das allein genüge nicht. Die Arbeiter verlangen gewiß keine einseitige Bevorzugung, aber sie verlangen, daß nicht allein der Rundfunk der Propagierung der bürgerlichen Weltanschauung dient, sondern daß auch die Weltanschauung der Arbeiter, die Ideen der von ihr erstrebten neuen sozialistischen Welt, propagiert werden. Das sei eine Aufgabe des ARK., die er lösen kann, wenn er über eine starke Organisation verfügt. Möge er weiter eine so gute Entwicklung nehmen wie bisher und mögen sich alle Rundfunkhörer dem ARK. anschließen. (Beifall.)

Der Rest des Abends war der Geselligkeit gewidmet, wobei die Freunde Terofisches infolge des starken Besuches „Zölange flechen" erhielten.

Die Veranstalter können auf den Verlauf des Festes mit Genugtuung blicken. Es wird ihnen ein Beweis für die Popularität ihrer Bestrebungen gewesen sein. lk.

Taten — nicht Gesten!

Wo bleibt das Notgesetz gegen den Ueberstundenunfug.

Der Schrei des **Reichsarbeitsministers** nach den Staatsanwälten und sein Appell an die Sozialminister der Länder, im Kampf gegen das Ueberstundenunwesen fester zuzupacken, haben vor aller Oeffentlichkeit bestätigt, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung Recht und Vernunft auf seiten der Gewerkschaften stehen. Die Situation ist geklärt: Niemand kann mehr bestreiten, daß trotz riesiger Arbeitslosigkeit die Arbeitgeber maßlos und unverantwortlich von der Arbeiterschaft Ueberstunden auf Ueberstunden fordern. Mehr bedeutet der erste Schritt des Reichsarbeitsministers nicht; denn weder die Staatsanwälte noch die Gewerbeaufsichtsbeamten können das Problem meistern. Dazu sind Maßnahmen notwendig, die Hörner und Zähne haben. Platonische Kundgebungen und Erlasse genügen dazu nicht.

Staatsanwälte und Gewerbeaufsichtsbeamte können höchstens die Ueberschreitungen der bestehenden Arbeitszeitbestimmungen bekämpfen, und auch das werden sie, wie die Dinge nun einmal liegen, zunächst nur in sehr unzulänglicher Weise schaffen können. Aber selbst wenn sie die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen restlos erzwingen könnten, so genügt das nicht. Die bestehenden Bestimmungen müssen durch neue ersetzt werden, die der durch die Rationalisierung und Arbeitslosigkeit geschaffenen neuen Situation gerecht werden. Neue Dämme zur Eindämmung des Ueberstundenunwesens und zur Verkürzung der Arbeitszeit sind notwendig, nicht aber lediglich die Festigung und Wiederherstellung der alten Bestimmungen. Das aber kann nur durch ein Notgesetz erreicht werden.

Die Arbeiterschaft wartet auf dieses Gesetz. Die Regierungsparteien zögern, dem ersten Schritte des Arbeitsministers, d. h. dem Erlaß an die Sozialministerien, nun konsequent den zweiten Schritt, nämlich das Initiativgesetz zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens und zur Wiederherstellung des Achtstundentags, folgen zu lassen. Will man erst die Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung über die Arbeitszeit abwarten? Bis diese Erhebungen, bei denen es sich um Stichproben in etwa rund 3000 Betrieben verschiedener Industrien handelt, abgeschlossen sind, werden noch 14 Tage vergehen. Was können schließlich die Erhebungen Neues bringen? Der Reichsarbeitsminister hat ja bereits den Notstand anerkannt, und was die Stichproben der Gewerkschaften über das Ueberstundenunwesen festgestellt haben, muß doch auf jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen geradezu niederschmetternd wirken. Ueberall im Reich, in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Westfalen, Rheinland, Sachsen, Württemberg, Hessen, Bayern dasselbe trostlose Bild: Zehntausende von Ueberstunden werden über 54 Wochenarbeitsstunden hinaus geleistet, während Tausende von Arbeitslosen am Ort in unmittelbarer Nähe der Betriebe das bittere Brot der Erwerbslosenunterstützung essen müssen. Auf 5 Kalianlagen des Werragebietes machen die Belegschaften bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit pro Tag noch drei bis vier Ueberstunden. In 51 Betrieben der Papiererzeugungsindustrie bei zwei Schichten von je 12 Stunden ebenfalls nebenher noch zahlreiche Ueberstunden! In 155 Schuhfabriken wöchentlich nicht weniger als 86 067 Ueberstunden usw. usw. In der Lederindustrie, im Baugewerbe, in der Textilindustrie, Metallindustrie, in der keramischen, Margarine- und Zuckerindustrie — überall dieselben aufreizenden, unerträglichen Zustände! Nicht Erhebungen, sondern Erhebung der Oeffentlichkeit gegen diesen Skandal ist deshalb das Gebot der Stunde. Es braucht nicht erst noch bewiesen zu werden, daß es brennt, sondern die Rettungsaktion muß einsetzen.

Haben sich die Regierungsparteien und die Reichsregierung schon mal ein Bild davon gemacht, welch maßlose Verbitterung unter der arbeitslosen Bevölkerung durch das Ueberstundenwesen aufgehäuft wird? Die Notschreie aus der Arbeiterschaft, die täglich durch die Arbeiterpresse gehen, sprechen eine deutliche Sprache. Kommt nicht bald gründliche Abhilfe, dann wird durch das Ueberstundenwesen eine Drachensaat gezeitigt, an der die für den heutigen Regierungskurs Verantwortlichen keine Freude erleben werden. Abhilfe ist natürlich nur möglich, wenn ganze Arbeit gemacht wird. Mit einem bloßen Notgesetzesjahr lassen sich die Gewerkschaften nicht abspeisen. Wer sich etwa einbildet, daß einige kleine Abänderungen in der Arbeitszeitverordnung, wie die Beseitigung der straflosen Annahme freiwilliger Mehrarbeit und dergleichen schon eine Basis für ein Initiativgesetz abgeben könne, ist arg auf dem Holzwege. Mit Kinkerlitzchen bekämpft man keinen Notstand. Nicht ein paar verbindliche Gesten, sondern Taten sind notwendig, Taten, Taten sofort! Die Not steigt, wann steigt das Notgesetz?

Die Arbeitslosenziffern steigen wieder.

In der Zeit der ersten Novemberhälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 068 000 auf 1 077 000 gestiegen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 240 000 auf 237 000 zurückgegangen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. November beträgt 1 314 000 gegenüber 1 308 000 am 1. November. Die Steigerung beträgt also 0,4 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1 353 000 auf 1 387 000 gestiegen.

Wiederaufnahme der Arbeit in England.

London, 29. November. (Radio.)

Mit Ausnahme von Südwales, Durham und Yorkshire ist in sämtlichen Bergbaudistrikten Englands die Arbeit wiederaufgenommen worden. Trotzdem in einer Reihe von Distrikten die Verhandlungen mit den Unternehmern nicht zum Abschluß gekommen sind, haben die Distriktsvorstände an die Mitglieder die Weisung zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit gegeben. Auch in den drei noch weiterkämpfenden Distrikten steht der Abbruch des Widerstands bevor. Sowohl in Yorkshire als auch in Durham haben die Distriktsvorstände den Mitgliedern Annahme der Bedingungen nunmehr empfohlen, wobei es in einem Empfehlungsschreiben an die Bergarbeiter Durhams heißt: „Die Verbandsleitung hätte die völlige Verwerfung der Bedingungen empfohlen, wenn auch nur der leiseste Schimmer einer Hoffnung auf Erfolg eines weiteren Widerstands bestände."

In Südwales hat die Verbandsleitung während des Wochenendes in einer Urabstimmung die Ermächtigung zur Fortsetzung der abgebrochenen Verhandlungen erbeten.

Ein Appell an die französische Regierung.

Paris, 29. November. (Radiomeldung.)

Die freien Gewerkschaften haben am Sonntag in mehreren großen Städten, besonders in Paris, Lille und Toulouse, Versammlungen abgehalten, in denen die sofortige Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und die Verabschiedung der Sozialgesetze durch den Senat verlangt wurde.

Weihnachtsunterstützungen der Gewerkschaften. Der Hauptvorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat zur Weihnachtsunterstützung seiner arbeitslosen Mitglieder 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Mitglieder, die bis zu 6 Wochen arbeitslos sind, erhalten 15 Mk., bei über 6 Wochen 20 Mk., bei 6 Monaten 25 Mk. und bei über 6 Monaten 30 Mk.; für die Frau des arbeitslosen Kollegen werden 5 und für das schulpflichtige Kind 3 Mk. gegeben. Die Unterstützungsbeihilfen werden kurz vor Weihnachten, am 23. und 24. Dezember ausgezahlt.

Stuttgart—Degerloch eingeweiht.

SPD. **Stuttgart**, 28. November. (Radiomeldung.)

Am Sonntagmittag wurden die neuen Rundfunksender Stuttgart und Freiburg i. Br. und anschließend der „Süddeutschen Rundfunks" in Mannheim und Karlsruhe feierlich dem Betrieb übergeben. Der „Süddeutsche Rundfunk" hat in Degerloch bei Stuttgart eine großzügige, mit zwei 100 Meter hohen Funktürmen versehene Anlage hergestellt, von der aus die Wellen sich über das gesamte Gebiet erstrecken. Das Funkwesen hat damit in Südwestdeutschland einen bemerkenswerten Fortschritt gemacht. Die Eröffnung geschah durch einen großen Festakt, der sich gleichzeitig in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg abspielte und bei dem u. a. der württembergische Staatsminister Bolz und der badische Staatspräsident Dr. Köhler Ansprachen hielten. In allen größeren Städten Südwestdeutschlands wurde das Festprogramm durch Lautsprecher verbreitet. Am Montag und Dienstag finden auf diesen Plätzen nochmals Lautsprecherkonzerte mit dem Programm des „Süddeutschen Rundfunks" statt.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357,1).

Dienstag: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7.15 bis 7.45 Uhr: „Vom kommenden Strafrecht". Ministerialrat Geh. Justizrat H. Walde: „Die Stellung des Strafrichters". 7.45 bis 8.15 Uhr: „Grundfragen der Aesthetik". Dr. Hermann Boeßneck: „Das Wesen des künstlerischen Stils". 8.15 Uhr: Wetervoraussage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Aus der Welt des Kindes. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Dienstag: 3 bis 3.30 Uhr: Spanisch. 3.30 bis 4.30 Uhr: Dr. Hans Strohmeyer: „Methodik des franz. Unterrichts auf Grund Dr. Krammer: „Deutsche Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts". 7.30 bis 8 Uhr: Bücherstunde. Dr. Hanns B. Fischer: „Deutsche Landschaft". 8.30 Uhr: 200 Jahre Orchestermusik. XII. Mozart.

der Richtlinien: Querverbindungen zu den übrigen Unterrichtsfächern. Arbeitsunterricht". 4.30 bis 5 Uhr: Aus der pädagogischen Welt. 5 bis 6 Uhr: Dr. Emanuel Lasker: „Die moderne Schachpartie". 6 bis 6.30 Uhr: Ober-Regierungsrat Goldschmidt: „Das Recht des Tarifvertrages und der Betriebsvereinbarung". 6.30 bis 7 Uhr: Dr. Oer: „Lyriker der Romantik im Liede". 7 bis 7.30 Uhr: Reg.-Rat

Jugendbewegung.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Politisch. Freitag, 3. Dez., Mitgliederversammlung. Sonnabend, 4. Dez., Volkstänze, Spiele, Sport. Sonntag, 5. Dez., Kreistreffen in Bitterfeld.

Helbra. Dienstag, 30. Nov., Volkstanz (Probe). Donnerstag 2. Dez., Die franz. Revolution. Sonnabend, 4. Dez., Mädchenabend.

Wetter-Voranfage.

Dienstag: Etwas wärmer, Trübung, windig, zeitweise mäßiger Regen.

Mittwoch: Wechselnde Bewölkung, zeitweise Sturm, ziemlich mild, strichweise Niederschläge, abends etwas kälter und ziemlich heiter.

Verantwortlich für Politik: Wirtschaft u. Feuilleton: H. O. H. Schulz für Lokales und Kommunalpolitik: O. Kaspareit; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Bieleep; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil Willy Herzig sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei. e. G. m. b. H. Halle 42/44.

Für den Weihnachtstisch
Gaskocher, Bügeleisen, Back- und Bratöfen, Heizöfen und Beleuchtungskörper
Bequeme Teilzahlung
Gaswerk Eisleben

Eisleben
November Angebote

Das Einkaufshaus
für die werktätige Bevölkerung ist
S. & M. Crohn
Eisleben Markt 9

Kaufe
Glas, Porzellan u. Spielwaren
bei
Rich. Hartkopf

Spezialhaus für Sportartikel
Otto Knothe
Galanterie, Spielwaren
Haus- u. Küchengeräte
Eisleben, Markt 46
gegenüber der Sparkasse

Georg Genther
Gegründet 1876
Oefen, Herde, Haus- und Küchengeräte
Zweiggeschäft:
F. A. Winckler

Siegmund Lewin
Eisleben Markt 47
Billige und beste Bezugsquelle für sämtliche
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Otto Müller
Sangerhäuser Str. 40
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Kaufen Sie im
Kaufhaus
Lutherstraße

Bei
Max Schächter
Eisleben
kaufen Sie vorteilhaft
Strickwolle, Strümpfe und Wäsche

Eisleber Fahrradzentrale
Inh.: Ewald Schimpf
Judenhof 13 Tel. 867
Fahrräder und Reparaturwerkstatt
Sprechapparate preiswert
elektrische Bedarfsartikel

Der Werktätige
deckt seinen Bedarf in
Schuhwaren u. Bekleidung
im
Kaufhaus
M. Burak, Eisleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0007

Sport und Spiel.

„Herzenswunsch aller patriotischen Deutschen."

Der bürgerliche Sport — die „freiwillige Kerntruppe" Geßlers.

Eine höchst bemerkenswerte Bestätigung der schon so oft von der Arbeitersportbewegung aufgestellten Behauptung von dem militärischen Charakter des bürgerlichen Sportes und zugleich einen erneuten Beweis für die Anmaßung des Reichswehrministeriums, sich um die körperliche Ertüchtigung des Volkes bekümmern zu müssen, liefert nachstehendes Schreiben des Reichsausschusses für Leibesübungen, der Spitzenorganisationen der bürgerlichen Sportverbände.

An den Reichswehrminister Herrn Dr. Geßler
Berlin W 10
Königin-Augustastraße 38.

Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen gestattet sich das Gesuch des Magistrats Torgau vom 6. September d. J. auf unbeschränkte Ueberlassung eines Uebungsgeländes am Großen Teich zu befürworten.

Einer Einladung der Stadt folgend, konnte unser Generalsekretär Dr. Diem feststellen, daß dieses Gelände eine mustergültige Anlage ergeben würde. Da es groß genug ist zur Schaffung ausreichender Uebungsplätze und zugleich mit einer Zweckanlage verbunden werden könnte, gemäß unserer Forderung: „Kein Sportplatz ohne Schwimmbahn". — Es wurde ausdrücklich verschert, daß dieser Teil des Geländes von den in Torgau liegenden Schwadronen überhaupt nicht benutzt wird. Man darf das auch aus den Akten erkennen, wonach das Heeresunterkunftsamt Torgau zunächst das Gelände als Uebungsgelände und Hindernisbahn für die Truppe für unentbehrlich erklärte, eine Ortsbesichtigung aber ablehnte. Es scheint dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen, als ob hier die Truppe, was verständlich ist, eine Beschränkung des z. Zt. verfügbaren Geländes ablehnt, daß dabei aber der höhere militärische Gesichtspunkt außer Acht gelassen wird. Wie in steigendem Maße das Reichswehrministerium heimt werden ist, beruht die Wehrkraft eines Volkes nicht nur in den Leistungen seiner Truppe, sondern in der Gesundheit und Geistheit der ganzen Bevölkerung, in Sonderheit der ländlichen, und so hat es die Heeresverwaltung stets zu ihrer vornehmsten Aufgabe gezählt, in gleichem Maße dafür zu sorgen, daß die Truppe ausgezeichnet ausgebildet wird, aber auch alles zu tun, um eine körperliche Ausbildung des ganzen Volkes zur Wehrfähigkeit zu unterstützen.

Sportplätze müssen so innerhalb einer Stadt oder unmittelbar vor ihren Toren liegen, daß die Bevölkerung zu ihrer Benutzung, die ja immer freiwillig bleiben wird, geradezu verführt wird.

Wir wissen, daß das Reichswehrministerium die körperliche Ertüchtigung des ganzen Volkes planmäßig erstrebt und so bitten wir, auch eine Entscheidung dahin zu treffen, daß der Gemeinde Torgau der beantragte Platz überlassen wird.

Ferner bitten wir, die dem Reichswehrministerium untergebenen Dienststellen noch einmal dahin anzuweisen, daß sie es unterstützen, wenn Gemeinden und Turn- und Sportvereine Uebungsplätze auf dem Gelände der Militärverwaltung erstreben, und daß sie überdies diese Benutzung, da wo sie von der Turn- und Sportwelt überstehen wird, herbeiführen. Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen kann sich keine sinnvollere Verwendung der ehemaligen Exerzierplätze denken, als wenn sie in Form von Turn- und Sportplätzen der Wehrfähigkeit des Volkes dienstbar gemacht werden. Daß dabei selbstverständlich auch das für die Ausbildung der Truppen notwendige Gelände vorhanden sein muß, braucht nicht eigens betont zu werden. Wir glauben aber annehmen zu dürfen, daß dieses in vollem Umfange auch vorhanden ist. Sollte später einmal eine Erweiterung unserer Reichswehr möglich sein, was der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen wie alle patriotisch gesinnten Deutschen von Herzen wünschen, dann wird sich auch ohne Zweifel wieder das Gelände finden, das für eine spätere große Reichswehr gebraucht wird. Wenn das heute vorhandene Gelände, das für die Reichswehr entbehrlich ist, als Turn- und Sportplätze benutzt wird, dann stellt die Turn- und Sportwelt in diesem Falle eine freiwillige Kerntruppe dar, die durch keinen Friedensvertrag verboten ist.

Wir hoffen, keine Fehlbitte getan zu haben, verbleiben mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

gez. Dr. Lewald, 1. Vorsitzender.
gez. Dr. Berger, 2. Vorsitzender. gez. F. Linnemann, 3. Vorsitz.

Wir stellen also fest, daß es der „heißeste Wunsch" des Reichsausschusses ist, Deutschland wieder aufzurüsten. Wir möchten die sozialdemokratischen und republikanischen Mitglieder dieser Verbände fragen, ob sie den gleichen heißen Wunsch haben? Und wenn sie diesen Wunsch des Reichsausschusses nicht teilen, möchten wir weiter fragen, ob sie dann eine Zugehörigkeit zu dieser Organisation mit ihrer Gesinnung vereinbaren können? Weiter stellen wir fest, daß die bürgerlichen Sportverbände nach Auffassung des Reichsausschusses eine „freiwillige Kerntruppe" zur Verfügung der Reichswehr darstellen. Wir fragen dieselben Mitglieder, ob sie ebenfalls dieser Ansicht sind und wenn nicht, was sie zu tun gedenken, um den Gegensatz zwischen ihren Zielen und denen des Reichsausschusses zu beseitigen? **Wer für die internationale Abrüstung ist, kann nicht Organisationen angehören, die sich die Wiederaufrüstung Deutschlands und die Stärkung der Wehrhaftigkeit zum Ziele gesetzt haben.**

2. Kreis (ATSB.). 6. Bezirk

Fußball

Ergebnisse vom 28. November.

Infolge des starken Regens am Ende der Woche kamen nur wenige Spiele zum Austrag. So spielte **Askania I — Peterstraße 2:1.** W. war nicht so schlecht, wie das Resultat besagt, konnte aber an der jungen Askania-Elf nichts ausrichten. Der Schiedsrichter war gut. — **Viktoria** I schlug **Grevpin I 3:1. — Fortuna I** weilte in **Zörbig** und verlor fünf Erlaßpunkte 5:4. Als Meisterkämpfer müßte man wirklichstens immer die Elf vollbehen. — **Teutonia I** spielte gegen **Sportlust I** in ziemlich hartem Spiel 3:0. — **Minerva I** hatte Gleichenlein I zu Gaste und gewann mit 3:0.

Minerva II — Gleichenstein II 9:0.
Minerva Jgd. — Fortuna Jgd. 0:7.
Fortuna II — Zörbig II 0:0.
Askania II — Peterstraße II 0:2.
Askania Jgd. — Peterstraße Jgd. 6:2.
Wörmlitz Jgd. — Kröllwitz Jgd. 1:1.
Diemitz I — Teutonia II 6:0.
Sportlust III — Diemitz II 2:1.
Viktoria I. Jgd. — Grevpin I. Jgd. 2:1.
Viktoria 2. Jgd. — Grevpin 2. Jgd. 1:3.

Handball

Ergebnisse vom 28. November.

Sportler.

Teutonia I — Dölau I 1:0.
Wörmlitz I — Cölbis I 16:2.
Minerva I — ASV. I 3:1.
Wörmlitz II — ASV. II 1:0.
Wörmlitz Schüler — Cölbis Schüler 1:4.

Sportlerinnen.

Wörmlitz I — Cölbis I 9:8.
Minerva I — Gleichenstein I 3:0.
Viktoria I — Grevpin I 0:0.

Verbindlich.

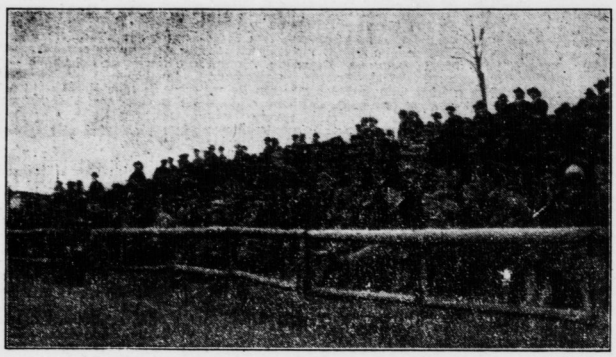
Am Mittwoch, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine **Handballbörse** statt. J. A.: A. Werge.

Arbeiter-Kegelbund, Bezirk Halle

Ortsgruppe Halle.

Spiele vom 28. November. Am Sonntag trafen sich im Dreikampf **Vorwärts (Halle), Freie Bahn (Bernburg) und Freien Lauf (Halle).** Um 8 Uhr traten 30 Sportgenossen zum Start an. Nach vielem Hin und Her wurden einigermaßen gute Resultate erzielt. **Vorwärts (Halle) 722,2 Punkte, Freie Bahn (Bernburg) 666,6 Punkte und Freien Lauf (Halle) 783,1 Punkte.** Wir haben die hallischen Sportgenossen schon besser gesehen. In Zukunft muß jeder einzelne mehr aus sich herausgehen, um die erzielten Resultate noch höherschrauben.

Hermann Laue.



Phot. Habicht.

So muß es immer sein!

Die Zuschauertribüne im Stadion von Halle während eines der letzten Arbeiter-Fußballspiele.

Sportplatz Stadion zu Halle
Sonntag, den 5. Dezember 1926,
nachmittags pünktlich ¼ 3 Uhr:
Um die Kreismeisterschaft
Spielv. Wacker-Braunschweig
(Meister des 5. Bezirks)
gegen
Fortuna-Dölau
(Meister des 6. Bezirks)
Vorher: Jeßnitz Jgd. — Wörmlitz Jgd.

Berichterstatter-Zentrale

Amtlich.

Die Jahresversammlung der Berichterstatterzentrale findet unbedingt halber schon am Freitag, dem 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Jeder Berichterstatter hat bei Vermeidung von Strafe zu erscheinen. J. A.: F. Pabst.

2. Kreis (ATSB.). 8. Bezirk

Fußball

Bericht vom 28. November.

Es standen sich auf dem Gemeindesportplatz in Grevpin die beiden ersten Mannschaften **Freie Turnerschaft Grevpin und BFC. Holsweißig** im Serienspiel gegenüber. H., anfangs nur mit 10 Mann spielend, vervollständigte sich bis zur Halbzeit. Es wurde eine unnötig scharfe Note in das Spiel hineingetragen, dem der Schiedsrichter nicht ganz gewachsen war. In der 13. Minute fiel für H. das erste Tor. So blieb es bis zur Halbzeit. Gr. setzte alles daran, um auszugleichen. Dies gelang in der 38. Minute. Dem unaufhaltsamen Vormärsche stürmen der Grevpiner war die Hintermannschaft von H. nicht gewachsen, so daß in der 40. Minute das zweite Tor für Grevpin fiel. So blieb es bis zum Schluß. Während H. in der ersten Halbzeit besser war, ging Gr. in der zweiten aus sich heraus und H. spielte zusammenhanglos. Den Mannschaften wäre zu raten, dem Schiedsrichter gegenüber mehr Disziplin zu zeigen.

Arbeiter-Schachbund

Bitterfeld — Sandersdorf.

Am 21. November veranstaltete der **Arbeiterschachklub Dessau** das **2. Mitteldeutsche Schachturnier.** Erschienen waren zu der eintägigen Veranstaltung Schachgenossen aus Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben, Köthen, Bernburg, Zerbst, Bitterfeld, Coswig, Aken, Zörten, Bitterfeld, Sandersdorf. Der **Schachvereinigung Bitterfeld-Sandersdorf** gelang es dabei, fünf Sieger in den Gruppenwettkämpfen bei einer Hängepartie zu stellen, so daß diese Ortsgruppe das beste Resultat herausgearbeitet hat.

Die Ortsgruppe Bitterfeld setzt ihren begonnenen Anfängerlehrkursus Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" in Bitterfeld fort. Der erste Lehrabend war gut besucht. Die erschienenen Arbeitersportler verfolgten aufmerksam die Vorübungen des Genossen Kissig. Der Kursus ist unentgeltlich und unverbindlich, so daß sich kein Arbeiter diese Gelegenheit, sein Wissen zu bereichern, entgehen lassen dürfte. Ferner plant die Schachvereinigung Bitterfeld-Sandersdorf eine Simultanpartie. Dazu ist der Bezirksmeister E. Badetzki (Halle) gewonnen worden. Der Tag der Veranstaltung wird noch bekanntgegeben.

Jugendarbeit im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Die Arbeitersportverbände haben längst erkannt, daß die Erziehung des jungen Arbeiters nicht nur einseitig körperlich sein darf. Die neuerbaute Bundesschule in Leipzig ist auch eine Pflegestätte für das geistige Leben der Ausbildung der Arbeitersportler. So fand bereits Mitte November der erste Jugendleiter-Lehrgang in der Bundesschule statt. Jeder der sechs Tage, die der Kurs dauerte, begann mit gymnastischen Uebungen. Der Bundesjugendleiter Drees gab dann in täglichen kurzen Referaten einen Ueberblick über den gesamten Aufbau der Jugendorganisation. Leitfäden zur Jugenderziehung unter Berücksichtigung von Jugendveranstaltungen vervollständigten seine Ausführungen. Dr. Hodann (Berlin), der bekannte Verfasser der Schrift „Kub und Mädel", behandelte das sexuelle Problem im Hinblick auf die Jugend. Genosse Kopisch erzählte von Wandern und Reisen mit der Jugend, Füchtel gab eine Einführung über Bühnenaufführungen der Jugend und für die Jugend, der Leiter der Bundesschule, Genosse Bendix, umriß die Bedeutung dieser sportlichen Bildungsstätte für den Arbeitersport und Gellert hielt zur Ergänzung ein Referat über den Aufbau des Bundes. Ein Gesang (Mannheim) legte die Gefahren von Nikotin und Alkohol für die Jugend dar und behandelte außerdem als Arzt das Thema „Jugend und Rekord". Loose (Leipzig) gab eine Einführung in die Musik, während Riedel für gute Literatur unter der Jugend ward. Schließlich wurden noch sportärztliche Untersuchungen vorgeführt und ihre Bedeutung und ihr Wert dargelegt. — So gab der Lehrgang, den eine eifrige Aussprache schloß, in seiner Vielseitigkeit eine Fülle von Anregungen für jeden Teilnehmer. Seine Wirkung wird nicht ausbleiben, wenn die Jugendleiter das Gehörte in die Tat umsetzen, getreu dem Leitsatz: Geist und Körper müssen sich harmonisch entwickeln.

Deutsche Erfolge.

Auf der Pariser Winterrennbahn gewann der deutsche Rennfahrer Erich Möller (Hannover) den ersten 20-Kilometer-Lauf mit 17:04,4 vor Miquel und Sergant. Im zweiten Kilometerlauf siegte Miquel in 16:38,2 vor Möller und Sergant.

•

Ein Boxkampf zwischen dem Münchener Haumann und dem Belgier Jeff de Paus, der am Sonntag in München ausgetragen wurde, endete bereits in der dritten Runde mit dem k.o.-Sieg des Deutschen.

Die internationale Winterspartakiade 1928 in Norwegen.

Die RSJ. plant die Durchführung der Winterspartakiade in Norwegen. Das Sekretariat des norwegischen Arbeitersportverbandes hat sich zur Uebernahme bereit erklärt.

Schwerathletenaufmarsch in Merseburg.

Die Bezirksmeisterschaftskämpfe.

Am gestrigen Sonntag herrschte im „Kasino" in Merseburg Großbetrieb. Die Bezirksleitung des 1. Bezirks des **Arbeiter-Athletenbundes** hatte die dritte Serie der Bezirksmeisterschaftskämpfe nach Merseburg verlegt, um den Merseburger Arbeitern Gelegenheit zur Bearbeitung der Schwerathletik zu geben. Mit dieser Veranstaltung war gleichzeitig eine Werbeveranstaltung für die Schwerathletik verbunden, die als ein voller Erfolg für die Bewegung verbucht werden kann. Den Merseburgern war jedenfalls die Aufmachung der Veranstaltung in dem Ausmaß des Gebotenen neu. Großes Interesse riefen die Kämpfe in allen Sportarten hervor und fesselten die zahlreichen Zuschauer von Anfang bis zu Ende. Für den Merseburger Bruderverein dürfte die gestrige Veranstaltung ein Hingeweis auf dem Wege der Bahnbereitung für die Schwerathletik sein, denn nur in der Darbietung guten Sportes liegt die Gewähr für den Aufstieg der Arbeiter-Sportbewegung. Daß Interesse vorhanden ist, bewies die gute Besetzung des großen „Kasino"-Saales, der sich immer mehr füllte. Der Erfolg einer zweiten Veranstaltung dürfte wohl noch größer sein und liegt zumindest in einer geschickten Propaganda für unsere Sache.

Das Programm war ein reichhaltiges und teilten sich Boxer, Ringer und Jiu-Jitsuer in den Erfolg des Tages. Die Veranstaltung begann mit den

Boxkämpfen,

die die Zuschauer von Anfang an fesselten. Es wurden vier Kämpfe ausgetragen. Als erstes Paar erschienen Begner (Athletik) und Wiesner (Achilles) im Fliegengewicht die Kämpfe. Ein ungleiches Paar, denn Begner war gut zwei Köpfe größer als sein Gegner. Beide lieferten von Anfang an einen lebhaften Kampf mit interessanten Schlagwechsel, bei dem die Ruhe und Sicherheit von Wiesner augenehm auffiel. Wiesner ging als Punktsieger aus diesem Kampfe hervor. Wenn Begner sich die Eigenschaften seines Gegners angeeignet und seine langen Arme zu Hilfe nimmt, dürfte er ein schwer zu schlagender Boxer in seiner Klasse werden. — Im Federgewicht kämpften Theuerkauf (Atlas) und Bachmann (Achilles). Mit kühler Berechnung im Abtasten und gutangebrachten Schlagserien verliefen die Runden. Ich konnte verschiedene gutstehende Schläge sehen, die aber durch die Härte W.s wirkungslos blieben. Nach schönem Kampfe wurde Bachmann Punktsieger. — Das Weltergewicht brachte Stömer (Achilles) und Weik (Atlas) in den Ring. Beide zeigten einen technisch schönen Kampf. Gute Beinarbeit, wechselseitige lebhafte Angriffe mit gutsitzenden Haken und Schwingern und gute Deckung brachte dieser Kampf. Stömer war in der Technik und Placierung der bessere und ging als Punktsieger aus diesem Kampfe hervor. — Im Mittelgewicht lieferten sich Haustein (Atlas) und Schwarze (Achilles) einen Kampf, der mehr an Ringkampf grenzte. Mit hartem Schlagwechsel wurde der Kampf eröffnet und nach jeder Serie wurde geschnauft, so hat der Ringrichter reichliche Arbeit bekam. Ein offener Kampf aufseiten beiden würde jedenfalls besser ansprechen. Schwarze wurde hier als Punktsieger erklärt.

Hierauf kam der erste

Ringkampf

in der B-Klasse zwischen **Germania-Felsenfest und Kraftsportklub 1920 (Merseburg)** zur Austragung. Wie in der Vorschau angesagt, verliefen die Kämpfe für Germania-Felsenfest mit einem hohen Punktsieg. Zwei gute Ringer hatte Merseburg im Feder- und Leichtmittelgewicht, wo die Kämpfe im ersteren unentschieden und im Leichtmittelgewicht im ersten Gang mit einem Sieg für G.-F. in der 9. Minute und im zweiten Gang unentschieden endeten.

Die

Jiu-Jitsu-Vorführungen,

die sich an den Ringkampf anschlossen, nahmen das Interesse der Anwesenden stark in Anspruch. Eine kurze Erläuterung über den Jiu-Jitsu-Sport machte die Zuschauer mit dieser alten chinesischen Kampfart bekannt, an die sich nach vorherigen Hallübungen, die die Sicherheit der Ausführung der Jiu-Jitsuer im Sturz zeigten, die Demonstrationen der einzelnen Abwehrgriffe in den verschiedensten Stadien anschlossen. Mit guter Technik wurden die einzelnen Griffe schnell und langsam ausgeführt, so daß jeder Zuschauer den Vorführungen folgen konnte. Die Beherrschung der einzelnen Griffe führt hier zu weit, daß nicht erwähnt, daß die Jiu-Jitsuer am Schlusse ihrer Vorführungen reichlichen und verdienten Beifall erhielten.

Die Fortführung der Veranstaltung fand durch die

Ringkämpfe

der ersten Klasse statt. Zunächst trafen sich **Achilles** und **Adler (Halle)** auf der Matte. Die Adler-Mannschaft trat mit nur 5 Mann in den Kampf, da der Fliegengewichtler durch Krankheit und der Federgewichtler durch Arbeit entschuldigt waren. Der Kampf verlief zugunsten der Achilles-Mannschaft, die nach lebhaftem Kampf mit hoher Punktzahl siegte. Interessante Kämpfe wurden hierbei im Leichte- und Halbschwergewicht geseigt, die beide jedesmal unentschieden verliefen. **Paasch (Adler)** fiel durch seine kurzen Siege im Schwergewicht besonders auf. — Den Schluß der Veranstaltung bildete der Kampf **Merseburg gegen Sportklub 09 (Halle),** der in den einzelnen Gewichtsklassen sehr schöne Kämpfe bot, die die Ueberlegenheit der 09-Mannschaft an den Tag legten. Die besten Leute von Merseburg waren hier **Salomon** (Federgewicht) und **Gons** (Bantamgewicht).

Die Kampfrichter leiteten die Kämpfe einwandfrei im Ringen wie im Boxen. Desgleichen sei das sportliche Verhalten des Publikums erwähnt, das tatsächlich mustergültig war. Die Organisation der Gesamtveranstaltung war gut und ermöglichte einen glatten Verlauf der Kämpfe, die alle ohne Unfall ausgetragen werden konnten. Kurz nach ½5 Uhr wurde die Veranstaltung geschlossen, die dann die Teilnehmer noch beim geselligen Teil vereinigte. A.

•

Die Athletik-Vereinigung „Germania-Felsenfest" (Halle) veranstaltet am Sonntag, dem 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Zwintschöna (Horns Gasthof), eine große Sportveranstaltung im Ringen, Boxen, Jiu-Jitsu und Akrobatik. Es werden nur erstklassige Kämpfe gezeigt. Näheres hierüber folgt noch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261129-14/fragment/page=0008